

# ifo Dresden berichtet

## Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*  
Deutschlandprognose 2014/2015: Der Aufschwung geht weiter
- *Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber*  
ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen:  
Gute Konjunktur hält an
- *Robert Lehmann, Andreas Sharik und Michael Weber*  
Der Erklärungsgehalt der regionalen ifo-Indikatoren am Beispiel  
der Industrie- und Bauumsätze
- *Alexander Eck, Joachim Ragnitz, Felix Rösel,  
Johannes Steinbrecher und Christian Thater*  
Auf die Länder kommt es an! Berechnung eines Vorschlags  
zur Übernahme kommunaler Sozialausgaben durch den Bund  
von EICHEL et al. (2013)

## Im Blickpunkt

- *Andreas Knabe, Ronnie Schöb und Marcel Thum*  
Internationale Vergleiche beim Mindestlohn

## Daten und Prognosen

- Vierteljährliche VGR für Sachsen
- Regionalisierung des ifo Konjunkturtests
- Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen

21. Jahrgang (2014)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,  
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,  
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: [dresden@ifo.de](mailto:dresden@ifo.de)

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung  
eines Belegexemplares.

# ifo Dresden berichtet 4/2014

## Aktuelle Forschungsergebnisse

### Deutschlandprognose 2014/2015: Der Aufschwung geht weiter

3

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Der Aufschwung in Deutschland setzt sich fort. In diesem Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,0 % und im kommenden Jahr um 2,2 % zulegen. Getragen wird der Aufschwung wie schon im vergangenen Jahr von der Binnenkonjunktur. Die Investitionen in neue Ausrüstungen werden beschleunigt expandieren, die hohe Auslastung der Produktionskapazitäten macht Ersatzbeschaffungen und Erweiterungsinvestitionen erforderlich. Auch die Bauinvestitionen werden weiter merklich steigen, hier wirken das Misstrauen gegenüber Auslandsanlagen und das niedrige Zinsniveau als Turbo. Der private Konsum dürfte im Tempo der steigenden Realeinkommen zunehmen. Die Exporte legen beschleunigt zu, da sich die Weltkonjunktur verbessert. Noch stärker aber werden die Importe aufgrund der hohen binnenwirtschaftlichen Dynamik steigen.

### ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2014/2015: Gute Konjunktur hält an

11

Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber

Die Konjunktur in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen hat zu Jahresbeginn kräftig Fahrt aufgenommen. Und das Tempo dürfte sich im Prognosezeitraum erhöhen. Mit 1,8 % in 2014 und 2,0 % im kommenden Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands voraussichtlich kräftig steigen. Im Freistaat wird das Wachstum voraussichtlich 1,9 % bzw. 2,1 % betragen. Damit folgt das konjunkturelle Verlaufsbild der ostdeutschen Bundesländer jenem von Deutschland insgesamt, wenngleich das hiesige Wirtschaftswachstum etwas geringer ausfallen dürfte.

### Der Erklärungsgehalt der regionalen ifo-Indikatoren am Beispiel der Industrie- und Bauumsätze

18

Robert Lehmann, Andreas Sharik und Michael Weber

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands gilt als wichtigster und meistbeachteter Frühindikator zur Beurteilung der aktuellen Konjunkturlage in Deutschland. Wenig bekannt ist, dass die ifo-Indikatoren auch für Ostdeutschland und Sachsen zur Verfügung stehen. Aufgrund der schlechteren Datenverfügbarkeit auf der subnationalen Ebene kommt den regionalen ifo-Indikatoren eine noch stärkere Bedeutung als Konjunkturindikatoren zu. Der vorliegende Artikel untersucht, ob die regional vom ifo INSTITUT erhobenen Befragungsergebnisse einen Erklärungsgehalt für die branchenspezifische Umsatzentwicklung aufweisen. Im Ergebnis wird deutlich, dass die ifo-Indikatoren ihre Aufgabe als Frühindikatoren auch im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bauhauptgewerbe in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen zuverlässig erfüllen.

### Auf die Länder kommt es an! Berechnung eines Vorschlages zur Übernahme kommunaler Sozialausgaben durch den Bund von EICHEL et al. (2013)

25

Alexander Eck, Joachim Ragnitz, Felix Rösel, Johannes Steinbrecher und Christian Thater

Hans Eichel, Philipp Fink und Heinrich Tiemann haben im Juni 2013 für die FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES) einen Vorschlag zur Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen vorgelegt. Eine wichtige Säule ist dabei die Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund. Das ifo INSTITUT, Niederlassung Dresden, hat im Auftrag der FES eine fiskalische Analyse dieser Maßnahme durchgeführt. Dazu wurden die Auswirkungen auf den Länderfinanzausgleich sowie beispielhaft auf den kommunalen Finanzausgleich in Nordrhein-Westfalen untersucht. Abhängig von den getroffenen Annahmen ist es möglich, dass durch die Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund die Zielsetzung des Vorschlags – eine Reduzierung

regionaler Disparitäten – durch die Entlastung von Kommunen in prekärer Haushaltslage erreicht wird. Da die Länder bei der Verteilung der Mittel auf die Kommunen jedoch eigene Handlungsspielräume besitzen (z. B. eine Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs), ist für die Umsetzung des Vorschlags ein entsprechendes Mitwirken der Länder notwendig, um die Mittel tatsächlich im Sinne der Ziele des Vorschlags an die Kommunen zu verteilen.

## Im Blickpunkt

### Internationale Vergleiche beim Mindestlohn

34

*Andreas Knabe, Ronnie Schöb und Marcel Thum*

Ab dem 1. Januar 2015 soll in Deutschland ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 € gelten. Die Warnungen vor Arbeitsplatzverlusten werden meist mit Verweis auf internationale Erfahrungen als ungerechtfertigt zurückgewiesen. Beispielsweise wurde 1999 in Großbritannien der Mindestlohn neu eingeführt, ohne dass es zu nennenswerten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt kam. Dieser Beitrag untersucht die Eingriffsintensität des deutschen Mindestlohns im internationalen Vergleich. Ein Mindestlohn von 8,50 € greift sehr viel stärker in das Lohngefüge ein als die britischen oder US-amerikanischen Mindestlöhne, auf die in der Debatte verwiesen wird. Aus dem internationalen Vergleich lassen sich daher keine Schlussfolgerungen für mögliche Arbeitsplatzverluste infolge des neuen deutschen Mindestlohns ziehen.

## Daten und Prognosen

### Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2014

36

### Trotz Rückgang der Geschäftsklimaindizes: Konjunkturampeln in Ostdeutschland stehen weiter auf grün

38

### Die Dynamik am sächsischen Arbeitsmarkt schwächt sich auf hohem Niveau geringfügig ab

41

## Aus der ifo Werkstatt

### ifo Veranstaltungen

44

### ifo Vorträge

44

### ifo Veröffentlichungen

45

### ifo intern

45

# Deutschlandprognose 2014/2015: Aufschwung geht weiter<sup>1</sup>

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus\*

## Weltwirtschaftliches Umfeld

Die weltwirtschaftliche Expansion hat seit dem Sommer 2013 etwas an Dynamik gewonnen. Maßgeblich hierfür war die Entwicklung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. So gewann die Erholung in den USA, in Großbritannien und Japan an Fahrt, während der Euroraum die fast zwei Jahre anhaltende Rezession verließ. Die Schwellenländer verzeichneten zwar weiterhin höhere Zuwachsraten als die fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Jedoch blieb hier die konjunkturelle Dynamik im historischen Vergleich verhältnismäßig gering und schwächte sich mancherorts seit dem Sommer 2013 sogar ab.

Die Geldpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist weiterhin sehr expansiv ausgerichtet. In Japan und im Euroraum dürften die Zentralbanken ihren hohen Expansionsgrad aufrechterhalten, während in den USA und Großbritannien angesichts der anziehenden Konjunktur allerdings bereits erste Leitzinsanhebungen im Prognosezeitraum zu erwarten sind. In wichtigen Schwellenländern ist die Geldpolitik seit dem Sommer 2013 restriktiver geworden. So reagierten mehrere Zentralbanken mit Zinsanhebungen auf die starke Abwertung ihrer Währung, die unter anderem durch die geldpolitische Wende in den USA ausgelöst wurde.

Der Restriktionsgrad der Finanzpolitik wird sich in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften im laufenden und im kommenden Jahr sehr unterschiedlich entwickeln. Im Euroraum werden sich die finanzpolitischen Eingriffe nahezu neutral auf die aggregierte Wirtschaftsleistung auswirken. In den USA und in Japan dürfte die Fiskalpolitik restriktiv ausgerichtet bleiben. In der Mehrzahl der aufstrebenden Volkswirtschaften dürfte die Finanzpolitik zumeist neutral wirken. Lediglich in Indien und China werden öffentliche Investitionsprogramme die Konjunktur im laufenden Jahr leicht stützen.

Im Prognosezeitraum dürfte sich das globale Expansionsstempo moderat beschleunigen. Die Impulse dafür werden wohl vor allem aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kommen. In den USA wird sich die konjunkturelle Dynamik erhöhen, die von einer verbesserten Vermögenssituation der Haushalte und Unternehmen, einer zunehmenden Aufhellung auf dem Arbeits- und Immobilienmarkt und einer expansiven Geldpolitik getragen wird. Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum wird zwar weiterhin unter der Last der nur langsam und mühselig

zu lösenden Strukturprobleme leiden, die in mehreren Mitgliedsländern noch immer präsent sind. Dennoch wird sich die Erholung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität temporär festigen, auch wenn erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern fortbestehen. Insbesondere Deutschland dürfte im Prognosezeitraum erneut deutlich stärker zulegen als der Durchschnitt des Euroraums, während Frankreich und Italien wohl eine vergleichsweise geringe wirtschaftliche Dynamik entfalten werden. Etwas positiver als zuvor stellt sich die Situation in den Krisenländern Irland, Portugal und Spanien dar, obgleich die wirtschaftliche Lage anhaltend fragil ist. In Griechenland lässt die Erholung noch etwas länger auf sich warten. Die mehrjährige Rezession könnte im kommenden Jahr überwunden werden.

Das Expansionstempo in den aufstrebenden Volkswirtschaften wird sich im Prognosezeitraum kaum verstärken. Zwar werden diese von der zunehmenden konjunkturellen Dynamik in wichtigen Industrieländern profitieren. Zugleich jedoch dürften die vor allem in den USA langsam anziehenden Langfristzinsen eine zunehmende Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für die Schwellenländer nach sich ziehen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird in den Schwellenländern auch im Prognosezeitraum mehr als doppelt so schnell zulegen wie jene in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Lediglich Russland dürfte im laufenden Jahr eine konjunkturelle Flaute durchlaufen. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt in diesem Jahr mit 2,9% und im nächsten Jahr mit 3,3% zunehmen.

Ein Hauptrisiko für die Weltkonjunktur stellt nach wie vor die fragile Lage im Euroraum dar. Trotz der Reformmaßnahmen, die mehrere Mitgliedsländer in der jüngsten Vergangenheit eingeleitet haben, ist der Anpassungsprozess noch lange nicht abgeschlossen. Vielmehr sind viele dieser Länder noch immer viel zu teuer, um wettbewerbsfähig sein zu können. Jederzeit können wieder, ähnlich wie in den vergangenen drei Jahren, krisenhafte Verwerfungen auftreten.

Die rückläufigen Inflationsraten im Euroraum, die mittlerweile in allen Mitgliedsländern zu beobachten sind, bergen Risiken und Chancen. Zwar ist der Inflationsrück-

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

gang zu einem erheblichen Teil auf die Aufwertung des Euro sowie die Entwicklung bei den Preisen für Energierohstoffe und Nahrungsmittel zurückzuführen. Zudem ist eine Disinflation oder gar Deflation auf mittlere Sicht für die Krisenländer durchaus wünschenswert, da erst sie die dringend notwendige reale Abwertung gegenüber wichtigen Handelspartnern und damit die lange ersehnte Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht. Doch könnte irgendwann eine lange Phase niedrigen Preisauftriebs, die auch die gesunden Teile der Währungsunion sowie die Mehrzahl der Gütergruppen erfasst, zu einer Abwärtsrevision der langfristigen Inflationserwartungen von Investoren, Konsumenten und Produzenten führen. Im Extremfall könnte es zu einer Spirale aus Inflationsrückgängen und sukzessiven Herabsenkungen der Inflationserwartungen kommen, die in eine dauerhafte Deflationsphase mündet. Noch überwiegen aber nach Einschätzung des IFO INSTITUTS die positiven Effekte eine Korrektur der relativen Güterpreise.

Schließlich gehen geopolitische Risiken vom andauernden russisch-ukrainischen Konflikt und dem jüngst im Irak ausgebrochenen Konflikt aus. So könnte eine Eskalation des Konflikts mit der Ukraine zu einer Spirale gegenseitiger Sanktionen zwischen Russland und dem Westen führen. Der Bürgerkrieg im Irak könnte weite Teile des Nahen Ostens politisch destabilisieren. Da diese Region zu den wichtigsten Erdölproduzenten gehört, könnten Verwerfungen dort zu einem scharfen Anstieg der Ölpreise führen und somit die globale Konjunkturdynamik verlangsamen.

### Ausblick Deutschland

Im ersten Quartal 2014 hat die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland saisonbereinigt mit einer Rate von 0,8 % gegenüber dem Vorquartal sehr dynamisch zugelegt. Die Expansion des realen Bruttoinlandsprodukts geht allein auf die Binnennachfrage zurück: Die Investitionen in Ausrüstungen stiegen bei hoher Kapazitätsauslastung und günstigen Ertrags- und Finanzierungsbedingungen um 3,3 % gegenüber dem Vorquartal. Hier ist die konjunkturelle Wende endgültig geschafft. Noch etwas dynamischer legten die Bauinvestitionen mit 3,6 % zu, wozu allerdings auch das außergewöhnlich milde und trockene Winterwetter beigetragen hat. Der private Konsum expandierte real um 0,7 %, befördert von der Zunahme der Beschäftigung und auch von einem leichten Rückgang der Sparquote. Der Außenhandel hat für sich genommen einen negativen Beitrag zur Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts geliefert. Während die Exporte nur um 0,2 % gestiegen sind, wurde vor dem Hintergrund der lebhaften Binnennachfrage sogar um 2,2 % mehr impor-

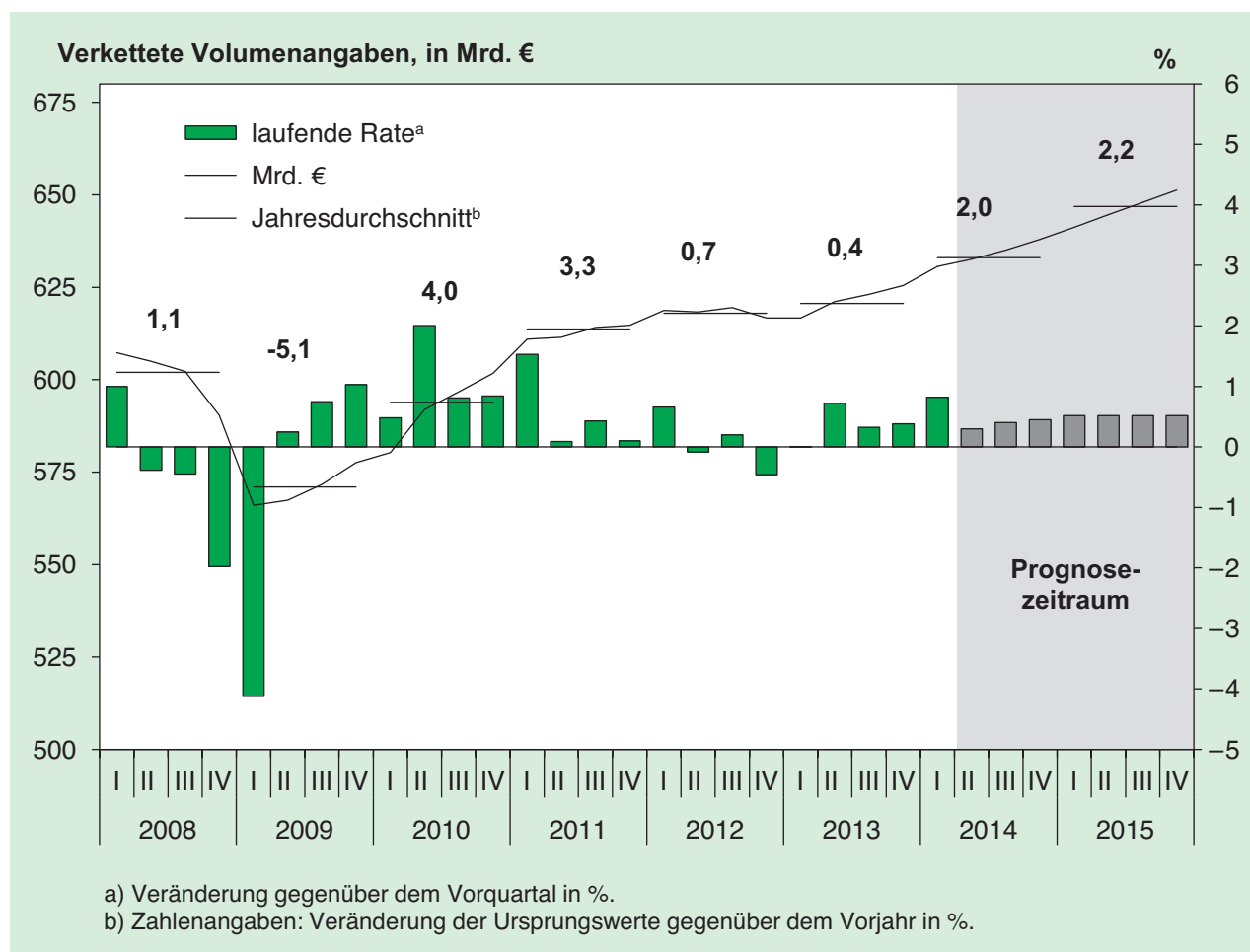
tiert. Dieser Effekt ist Spiegelbild einer leichten Verminderung des Nettokapitalexports und eines Mehr an Investitionen in Deutschland, die für sich genommen günstige Nachfrage- und Angebotseffekte auf das deutsche Wachstum haben.

Zwar konnten die wichtigsten Konjunkturindikatoren ihr hohes Niveau in den vergangenen Monaten halten; allerdings blieb ein weiterer Anstieg, wie er noch zu Jahresbeginn beobachtet werden konnte, aus. Die jüngsten Rückgänge beim Ifo Geschäftsklimaindex dürften vor allem auf eine erhöhte Unsicherheit deutscher Industrieunternehmen im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt zurückzuführen sein. Da zudem die Frühjahrsbelegung dieses Jahr aufgrund des milden Winters besonders schwach ausfiel, dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal mit schätzungsweise 0,3 % deutlich weniger schwungvoll expandiert haben als im Vorquartal.

Im weiteren Prognosezeitraum wird die konjunkturelle Grundtendenz deutlich nach oben gerichtet bleiben und sich der Aufschwung fortsetzen. Wenn sich die derzeitigen geopolitischen Risiken – wie in dieser Prognose unterstellt – nicht materialisieren, sind die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft weiter günstig. Die Geldpolitik wirkt weiter expansiv, das Zinsniveau bleibt historisch niedrig und der Bauboom ist ungebrochen. Auch die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen sind extrem vorteilhaft. Von der Finanz- und Sozialpolitik gehen expansive prozyklische Impulse aus. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte sind demnach intakt. Die Investitionen in neue Ausrüstungen werden beschleunigt expandieren, die hohe Auslastung der Produktionskapazitäten macht Ersatzbeschaffungen und Erweiterungsinvestitionen erforderlich. Zudem werden die Bauinvestitionen weiter merklich steigen. Der private Konsum dürfte im Tempo der steigenden Realeinkommen zunehmen. Somit dürften wie schon im Vorjahr die nachfrageseitigen Impulse von der Binnenwirtschaft kommen und nicht vom Außenbeitrag. Zwar legen die Exporte beschleunigt zu, da sich die Weltkonjunktur verbessert, noch stärker aber werden die Importe aufgrund der hohen binnenwirtschaftlichen Dynamik steigen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,0 % und im kommenden Jahr um 2,2 % expandieren (vgl. Abb. 1).

Die Situation am Arbeitsmarkt wird sich im Verlauf dieses Jahres konjunkturell bedingt weiter verbessern. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich weniger stark als der Anstieg der Erwerbstätigkeit ausfallen, da immer mehr Inländer am Erwerbsleben partizipieren und die Zuwanderung aus den EU-Mitgliedsstaaten voraussichtlich hoch bleiben wird. In diesem Jahr dürfte die Arbeitslosenquote auf 6,7 % fallen. Im kommenden Jahr wird die Arbeitsmarktlage durch die Ein-

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2014: Prognose des ifo Instituts.

führung des flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 € je Stunde mit bestimmt. Dieser bringt eine spürbare Steigerung der Arbeitskosten und damit den Abbau der Beschäftigung insbesondere im Bereich der nicht sozialversicherungspflichtigen Minijobs mit sich. Aufgrund der guten konjunkturellen Grundtendenz dürfte die Arbeitsmarktlage jedoch trotz der dämpfenden Effekte des Mindestlohns stabil bleiben, und die Arbeitslosenquote dürfte nochmals sinken, und zwar auf 6,6%. Die negativen Wirkungen des Mindestlohns werden sich über mehrere Jahre aufbauen, so wie sich auch die positiven Wirkungen der Senkung der Lohnansprüche durch die Agenda 2010 erst nach einigen Jahren mit voller Kraft gezeigt hatten.

Die Verbraucherpreise dürften im laufenden Jahr um 1,1% steigen. Im kommenden Jahr wird sich die Inflationsrate auf 1,7% beschleunigen. Hierbei spiegelt sich vor allem die Entwicklung der Arbeitskosten wider, die infolge der zunehmenden Auslastung der Produktionskapazitäten und der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns deutlich steigen dürften.

Der Budgetüberschuss des Staates wird sich im Prognosezeitraum wohl weiter ausweiten, auch weil aufgrund der deutlich verbesserten konjunkturellen Lage und einer günstigen Entwicklung der Löhne und Gehälter mit deutlichen Steuer- und Beitragsmehreinnahmen gerechnet werden kann. Im Jahr 2014 wird mit einem Überschuss in Höhe von 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, und im Jahr 2015 mit etwa 0,7% gerechnet. Die staatliche Bruttoschuldenquote würde sich dann deutlich auf rund 70% zum Ende des Jahres 2015 verringern.

### Die Prognose im Detail

#### Exporte

Im ersten Quartal 2014 stiegen die Exporte mit 0,2% deutlich langsamer als die Importe (2,2%). Für die Exportschwäche war vor allem der Rückgang der Nachfrage in Asien ohne China maßgeblich, aber auch der stagnierende Handel mit dem Euroraum und den USA.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2012	2013	2014 <sup>a</sup>	2015 <sup>a</sup>
<b>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr<sup>b</sup></b>				
Private Konsumausgaben	0,8	0,9	1,3	1,8
Konsumausgaben des Staates	1,0	0,4	0,8	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	2,1	-0,8	5,0	5,8
– Ausrüstungen	-4,0	-2,4	7,4	10,0
– Bauten	-1,4	-0,2	3,8	3,3
– Sonstige Anlagen	3,4	3,0	3,1	5,0
Inländische Verwendung	-0,3	0,7	2,6	2,4
– Exporte	3,2	0,9	4,6	6,2
– Importe	1,4	1,5	6,2	7,2
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,7	0,4	2,0	2,2
Erwerbstätige <sup>c</sup> (1.000 Personen)	41.608	41.847	42.207	42.407
Arbeitslose (1.000 Personen)	2.897	2.950	2.898	2.858
Arbeitslosenquoten (in %)	6,8	6,9	6,7	6,6
Verbraucherpreise <sup>e</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,0	1,5	1,1	1,7
Lohnstückkosten <sup>f</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,8	1,9	1,6	2,3
Finanzierungssaldo des Staates <sup>g</sup>				
– in Mrd. €	2,3	5,2	12,9	19,7
– in % des Bruttoinlandsprodukts	0,1	0,2	0,5	0,7
Leistungsbilanzsaldo				
– in Mrd. €	198,6	206,0	212	220
– in % des Bruttoinlandsprodukts	7,4	7,5	7,5	7,4
a) Prognose des ifo Instituts. – b) Preisbereinigte Angaben. – c) Inlandskonzept. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Verbraucherpreisindex (2010=100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

Im Prognosezeitraum werden die Exporte voraussichtlich wieder beschleunigt zulegen. Die größte Nachfrage nach deutschen Gütern dürfte dabei aus China, Südostasien, den USA und Großbritannien kommen. Aus Osteuropa kommt es zu zusätzlichen Impulsen. Die starke Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im vorangegangenen Jahr, die vor allem durch die Terms-of-Trade-Verbesserung zustande kam, dürfte nur noch geringe Auswirkungen haben. Durch die Konjunkturbelebung im Euroraum wird der Export voraussichtlich etwas stärker zulegen als der Welthandel. Insgesamt ist

mit einem Anstieg des realen Exports um 4,6 % in diesem Jahr zu rechnen, bedingt durch den niedrigen Zuwachs im ersten Quartal. Im Jahr 2015 dürften die Ausfuhren dann um 6,2 % expandieren.

#### Investitionsaufschwung wird spürbar

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Quartal 2014 um 3,3 % kräftig gestiegen; eine solch hohe Zuwachsrate wurde seit dem Jahr 2010 nicht mehr erzielt. Die positive Grunddynamik wird im Sommerhalbjahr anhalten, wenn-



gleich das Ergebnis im zweiten Quartal nicht ganz so stark wie im ersten ausfallen dürfte.

Im weiteren Prognosezeitraum werden die Ausrüstungsinvestitionen zyklisch weiter zulegen. Die steigende Kapazitätsauslastung dürfte vermehrt Erweiterungsinvestitionen anstoßen. Mit der einhergehenden Erholung der Weltkonjunktur werden zudem expansive Impulse von der exportorientierten Industrie erwartet. Dabei bleiben die Finanzierungsbedingungen äußerst günstig. Die vom ifo erhobene Kredithürde befindet sich insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen auf historisch niedrigem Niveau. Zwar entwickelt sich die Nachfrage nach Bankkrediten trotz niedriger Zinsen eher zögerlich. Die Ergebnisse des Bank Lending Survey der DEUTSCHEN BUNDESBANK deuten aber darauf hin, dass viele Unternehmen derzeit andere Finanzierungsquellen nutzen.

Die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge werden in diesem Jahr voraussichtlich um 7,4 % kräftig steigen. Im kommenden Jahr ist sogar mit einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um 10,0 % zu rechnen, die dann nahezu wieder das Vorkrisenniveau erreicht haben dürften.

### Bauinvestitionen stärken Binnennachfrage

Die Bauinvestitionen haben im ersten Quartal 2014 auch aufgrund der extrem milden Witterung um 3,6 % deutlich zugelegt. Vor allem der Wohnungsbau und der öffentliche Bau profitierten von dem warmen und trockenen Wetter.

Die Investitionen in *Wohnbauten* verzeichneten im ersten Quartal 2014 die größte Zuwachsrate seit drei Jahren. Maßgeblich war hierbei – neben den außergewöhnlichen Witterungsverhältnissen – die Nachfrage nach Wohnbauten, die aufgrund günstiger Baukredite, der guten Arbeitsmarktsituation sowie einer stetigen Nettozuwanderung anhaltend hoch bleibt. Das durchweg freundliche Investitionsklima für Wohnbauten wird sich im Prognosezeitraum halten. So sind Auftragseingänge und Baugenehmigungen in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Auch das weniger witterungsanfällige Ausbaugewerbe entwickelte sich zuletzt gut. Zugleich befindet sich das ifo Geschäftsklima der freischaffenden Architekten auf dem höchsten Wert seit 20 Jahren. Insgesamt wird in diesem Jahr ein Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen um 4,2 % und im nächsten Jahr um 3,5 % erwartet.

Die gewerblichen *Bauinvestitionen* waren im ersten Quartal 2014 leicht rückläufig, nachdem sie im zweiten Halbjahr 2013 erstmals wieder aufwärtsgerichtet waren. Diese zögerliche Entwicklung dürfte der Wirtschaftsbau aber im weiteren Verlauf hinter sich lassen. Größere Impulse dürften vom gewerblichen Hochbau ausgehen, hier ist der Auftragsbestand kontinuierlich gestiegen. Im laufenden Jahr dürften die gewerblichen Bauinvestitio-

nen aufgrund des schwachen ersten Quartals nur um 1,6 % zunehmen, im kommenden Jahr dann um 3,4 %.

Die öffentlichen *Bauinvestitionen* profitierten mit einem Quartalszuwachs von 12,0 % spürbar von der extrem milden Witterung. Im Prognosezeitraum werden zusätzliche Bundesmittel für Infrastrukturmaßnahmen investitions-wirksam werden. Gegenzurechnen ist, dass nach dem KfW-Kommunalpanel die Finanzlage der Kommunen als größte Gruppe öffentlicher Bauherren recht heterogen ist. Die Investitionen in öffentliche Bauten dürften, bedingt durch den guten Jahresauftakt, im Jahr 2014 um 6,8 % anziehen, im nächsten Jahr um 1,9 %.

Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im Jahr 2014 um 3,8 % und im Jahr 2015 um 3,3 % steigen.

### Privater Konsum expandiert weiter

Der private Konsum ist im ersten Vierteljahr 2014 deutlich gestiegen. Zu Buche schlugen die weiter steigende Beschäftigung und höhere Tarifabschlüsse. Besonders präferierten die privaten Haushalte Textilien und Schuhe sowie Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte. Den Frühindikatoren zufolge dürfte die Expansion des privaten Konsums im Frühjahr verhaltener verlaufen sein. So sind im April die realen Umsätze im Einzelhandel und im Gastgewerbe saisonbereinigt unter den Stand des ersten Quartals gefallen. Gleichwohl sind Konsumentenvertrauen und die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen aber auf einem so hohen Niveau, dass über das gesamte Quartal gerechnet mit einem Plus zu rechnen ist.

In der zweiten Jahreshälfte dürfte das Expansions-tempo des Konsums wieder höher sein. Die Arbeitsein-kommen werden unverändert kräftig weiter steigen. Die monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte werden sogar stark beschleunigt zulegen. So werden die Altersbezüge zur Jahresmitte kräftig angehoben. Lang-jährig Versicherte können zu diesem Zeitpunkt erstmals mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen, zudem wird die bisherige Mütterrentenregelung erweitert („Renten-paket“). Außerdem werden Personen mit verminderter Erwerbsfähigkeit besser abgesichert. Alles in allem ist im Jahresdurchschnitt 2014 mit einer Zunahme des realen privaten Konsums um 1,3 % zu rechnen.

Im kommenden Jahr dürfte der reale private Ver-brauch weiter zügig expandieren. Die Bruttolöhne werden unter Berücksichtigung des Mindestlohns um 4,5 % sehr kräftig steigen. Auch die monetären Sozialleistun-gen dürften im kommenden Jahr mit 3,3 % spürbar zu-nehmen. So werden teilzeitarbeitende Eltern finanziell bessergestellt (Elterngeld plus) und die erste Stufe der Pflegereform mit Leistungsverbesserungen tritt in Kraft. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2015 um 3,4 % expandieren. Die

Sparquote dürfte unverändert bleiben. Zwar macht das niedrige Zinsniveau Sparen weniger vorteilhaft und regt die Inanspruchnahme günstiger Konsumentenkredite an, gleichzeitig werden dadurch aber die Vermögens-einkommen der privaten Haushalte gedrückt, was den Gegenwartskonsum schmälert und die Ersparnis erhöht. Einem Rückgang der Sparquote wirken zudem die rege private Wohnbautätigkeit und die Notwendigkeit zur privaten Altersvorsorge entgegen. Damit dürften die Verbrauchsausgaben 2015 voraussichtlich ebenfalls um 3,4 % zulegen. Nach Abzug der Preissteigerungsrate verbleibt ein reales Plus von 1,8 %.

### Wieder höhere Preissteigerungsraten

Die Verbraucherpreise sind im Mai um 0,9 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen, das war die niedrigste Rate seit fast vier Jahren. Zu dem aus Verbrauchersicht günstigen Ergebnis trug bei, dass sich Haushaltsenergie und Kraftstoffe und auch viele Nahrungsmittel verbilligt haben.

Im Prognosezeitraum dürfte die Inflation wieder wahrnehmbarer werden. Zwar geht von den Rohölnotierungen annahmegemäß kein länger anhaltender Preisdruck aus; in der vorliegenden Prognose ist wie üblich reale Konstanz unterstellt. Zu berücksichtigen ist aber, dass die Arbeitskosten und die Auslastung der Produktionskapazitäten deutlich steigen. Zudem bewirkt die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns einen zusätzlichen Lohnkostenschub, der vor allem Dienstleistungen verteuern dürfte. So ist etwa bei Dienstleistungen für die Haushaltsführung, Taxifahrten und Kurierdienstleistungen, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, bei sozialen Einrichtungen sowie bei persönlichen Dienstleistungen mit steigenden Preisen zu rechnen. Allerdings wird die Weitergabe der gesetzlich verfügbaren höheren Arbeitskosten in den Preisen nicht überall gelingen. Hier wird angenommen, dass die Konsumentenpreise aufgrund des Mindestlohns um ¼ % zusätzlich steigen. Insgesamt dürfte das Verbraucherpreisniveau im diesem Jahr um 1,1 % und im kommenden Jahr um 1,7 % höher sein.

### Anpassungsdruck bei geringfügiger Beschäftigung

In Gefolge der guten Konjunktur hat sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessert. Das milde Winterwetter dürfte dazu beigetragen haben, dass sich das Tempo des Beschäftigungsaufbaus im ersten Quartal des Jahres sogar beschleunigt hat. Dabei zog die Arbeitsnachfrage gemessen in Stunden sehr kräftig an, sodass die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit nach oben schnellte. Bei alledem ging die Arbeitslosigkeit zurück, obwohl mehr

und mehr Personen am Erwerbsleben teilnahmen. Zum einen wurde eine verstärkte Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten verzeichnet. Zum anderen wurden weniger Arbeitslose in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert.

In den Sommermonaten dürfte die Arbeitsnachfrage gemessen in Stunden mit zunehmender Auslastung der Kapazitäten voraussichtlich weiter steigen. So ist die Zahl der offenen Stellen weiterhin hoch und auch der Zugang neuer Stellen liegt etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Allerdings wird ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktionsausweitung durch Produktivitätssteigerungen realisiert. Alles in allem nimmt das Tempo des Beschäftigungsaufbaus daher allmählich ab. Aufgrund des hohen Wertes zu Jahresbeginn ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 2014 ein Anstieg des Arbeitsvolumens um 1,1 %. Damit einher geht eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um 360.000 Personen bzw. 0,9 %.

Inwiefern der Anstieg der Erwerbstätigkeit zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führt, hängt von der Entwicklung des Arbeitsangebots ab. Dem langfristigen Trend folgend werden wohl immer mehr Inländer am Erwerbsleben teilnehmen. Außerdem wird die Zuwanderung aus den EU-Mitgliedsstaaten voraussichtlich hoch bleiben, da sich die Arbeitsplatzaussichten in vielen Ländern der EU nur sehr langsam bessern. Allerdings geht die Zahl der Inländer im Erwerbsalter deutlich zurück, was für sich genommen die Zahl der Arbeitslosen entlastet. Alles in allem ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit mit 52.000 Personen voraussichtlich weniger stark als der Anstieg der Erwerbstätigkeit nahelegt, sodass eine Arbeitslosenquote von 6,7 % erreicht werden dürfte.

Die Arbeitsmarktlage im kommenden Jahr wird durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € je Stunde bestimmt. Die Quantifizierung der Auswirkungen dieser neuen Regelung auf den deutschen Arbeitsmarkt ist allerdings mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Für diese Prognose wurde eine niedrige Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage von -0,1 zugrunde gelegt. Des Weiteren ist unterstellt, dass im Jahr 2015 nur die Hälfte der Beschäftigten im Niedriglohnbereich unter 8,50 € tatsächlich unter die Mindestlohnregelung fallen, weil Ausnahmeregelungen und bestehende Tarifverträge übergangsweise einen niedrigeren Lohn erlauben. Zudem dürften viele Arbeitgeber versuchen, die Mindestlohnregelung zu umgehen, indem beispielsweise Werkverträge vereinbart werden.

Die größten negativen Auswirkungen des Mindestlohns sind bei den Minijobs zu erwarten, da in diesem Bereich die Löhne am deutlichsten steigen. Im Jahr 2015 dürften etwa 40.000 Minijobs wegfallen, was jahresdurchschnittlich 20.000 Personen entspricht. Wenn mit Einführung des Mindestlohns die Geringfügigkeitsgrenze

von 450 € nicht angehoben wird, werden sich schätzungsweise rund eine Million Minijobber, die bislang mehr als 53,5 Stunden im Monat arbeiten, dazu gezwungen sehen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Andernfalls würden Sozialversicherungsbeiträge fällig, was die Beschäftigung vielfach unattraktiv machen dürfte. Hier wird daher unterstellt, dass alle betroffenen Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit reduzieren, um nicht sozialversicherungspflichtig zu werden.

Im Bereich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürften die kurzfristigen Auswirkungen weniger gravierend sein, weil hier die Löhne von Vollzeitkräften durch den Mindestlohn weniger stark steigen. Unter denselben Annahmen wie bei den geringfügig Beschäftigten fallen im kommenden Jahr deshalb nur wenige sozialversicherungspflichtige Stellen weg. Hierbei ist bereits berücksichtigt, dass die Verkürzung der Arbeitszeit bei ausschließlich geringfügig Beschäftigten zu einem Teil durch die Schaffung zusätzlicher Vollzeitstellen aufgefangen werden dürfte.

Die Einführung des Mindestlohns wird im kommenden Jahr auch die Zahl der Arbeitslosen steigen lassen. Allerdings führt der mindestlohnbedingte Abbau der Be-

schäftigung nicht in vollem Umfang zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, da vielfach Rentner und Studenten – die nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden – vom Abbau der Minijobs betroffen sein dürften. Zudem werden sich Personen, beispielsweise aufgrund fehlender Ansprüche, vom Arbeitsmarkt zurückziehen und sich nicht arbeitslos melden.

Aufgrund der guten konjunkturellen Grundtendenz bleibt die Arbeitsmarktlage trotz der dämpfenden Effekte des Mindestlohns stabil, und die Erwerbstätigkeit steigt im kommenden Jahr um 200.000 Personen (vgl. Tab. 2). Bei alledem dürfte die Arbeitslosigkeit im Jahr 2015 um rund 40.000 Personen sinken.

### Wachsende Überschüsse beim Staat

Das öffentliche Budgetdefizit konnte nach der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich zurückgeführt werden. Bereits in den Jahren 2012 und 2013 erzielte der staatliche Gesamthaushalt Überschüsse. Im Prognosezeitraum werden die Überschüsse des Staatshaushalts weiter zunehmen.

**Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)**

	2012	2013	2014	2015
Deutschland				
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.973	58.052	58.694	58.956
Erwerbstätige Inländer	41.545	41.783	42.147	42.348
Arbeitnehmer	36.997	37.314	37.713	37.909
darunter:				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28.991	29.360	29.790	30.070
Marginal Beschäftigte	5.646	5.598	5.586	5.513
darunter:				
Minijobs	4.805	4.795	4.801	4.761
1-Euro-Jobs <sup>a</sup>	129	111	93	59
Selbständige	4.548	4.548	4.503	4.513
Pendlersaldo	63	64	60	59
Erwerbstätige Inland	41.608	41.847	42.207	42.407
Arbeitslose	2.897	2.950	2.898	2.858
Arbeitslosenquote <sup>b</sup>	6,8	6,8	6,7	6,6
Erwerbslose <sup>c</sup>	2.316	2.270	2.230	2.180
Erwerbslosenquote <sup>d</sup>	5,3	5,2	5,0	4,9

a) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – b) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

Im laufenden Jahr dürften insbesondere die Steuereinnahmen wieder kräftig zulegen. Zwar ist zum Jahresbeginn 2014 der Grundfreibetrag erneut leicht angehoben worden, dennoch entwickeln sich insbesondere die Einnahmen der Lohnsteuer überraschend günstig. Die Unternehmenssteuern dürften etwas weniger stark expandieren, auch weil die Veranlagungen für Gewinne aus Vorjahren nur moderat zunehmen werden. Die indirekten Steuern werden ebenfalls unterdurchschnittlich zum Anstieg der Steuereinnahmen beitragen. Insgesamt nimmt das Steueraufkommen im Jahr 2014 um 3,2% zu. Auch die Sozialversicherungsbeiträge erhöhen sich aufgrund der starken Lohnentwicklung mit 3,5% deutlich. Insgesamt steigen die Einnahmen des Staates im Jahr 2014 um 3,4%.

Die staatlichen Ausgaben nehmen hingegen 2014 nur um 2,8% zu. Die Arbeitnehmerentgelte werden dabei um 2,6% steigen. Die sozialen Sachleistungen, die im Vorjahr aufgrund der Abschaffung der Praxisgebühr besonders stark zugenommen haben, werden sich 2014 etwas weniger erhöhen. Bei den monetären Sozialleistungen wirken die Rentenanpassung sowie das „Rentenpaket“ der Bundesregierung ausgabensteigernd.

Im Jahr 2015 dürfte das Steueraufkommen mit 4,1% beschleunigt zunehmen. Hierzu trägt das Lohnsteueraufkommen aufgrund der dynamischen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter (unter anderem wegen der Einführung des Mindestlohns) in Verbindung mit der progressiven Wirkung des Einkommensteuertarifs maßgeblich bei. Die Sozialbeiträge werden im Jahr 2015 insgesamt ebenfalls deutlich zunehmen (4,2%). Zwar wird der Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer zur Krankenversicherung in Höhe von 0,9% abgeschafft, dies wird jedoch voraussichtlich weitgehend mit flexiblen Zusatzbeiträgen

kompensiert werden. Darüber hinaus wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte erhöht werden. Dagegen dürfte der Beitragssatz zur Rentenversicherung konstant bleiben, um das „Rentenpaket“ zu finanzieren, auch wenn die finanzielle Situation der Rentenversicherung voraussichtlich eine Senkung des Beitragssatzes zulassen würde. Insgesamt steigen die staatlichen Einnahmen im Jahr 2015 um 3,8% und damit in etwa so kräftig wie das nominale Bruttoinlandsprodukt.

Die staatlichen Ausgaben dürften auch im Jahr 2015 etwas weniger stark zunehmen als die Einnahmen; hier wird mit einem Zuwachs in Höhe von 3,3% gerechnet. Insbesondere die Ausgaben für soziale Sachleistungen tragen zu diesem Anstieg bei; so werden die Betreuungsleistungen für pflegebedürftige Menschen ausgeweitet. Darüber hinaus liegen die monetären Sozialleistungen aufgrund des „Rentenpakets“ im ersten Halbjahr 2015 beträchtlich über dem vergleichbaren Vorjahresstand.

Da der Anstieg der staatlichen Ausgaben in den Jahren 2014 und 2015 hinter dem Zuwachs der Einnahmen zurückbleiben dürfte, werden die Überschüsse im gesamtstaatlichen Haushalt weiter zunehmen. Im Jahr 2014 ist mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu rechnen, im Jahr 2015 mit etwa 0,7%. Die staatliche Bruttoschuldenquote würde sich damit im Prognosezeitraum auf rund 70% verringern.

<sup>1</sup> Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2014. Vgl. T. Wollmershäuser, W. Nierhaus, et. al., ifo Konjunkturprognose 2014/2015: Deutscher Aufschwung setzt sich fort, in: ifo Schnelldienst, 13/2014, 67. Jg., S. 17–58.

# ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen 2014/2015: Gute Konjunktur hält an<sup>1</sup>

Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber\*

Die Konjunktur in Ostdeutschland (mit Berlin) und im Freistaat Sachsen hat zu Jahresbeginn kräftig Fahrt aufgenommen. Die ungewöhnlich milde Witterung beflügelte insbesondere das Baugewerbe. Aber auch die ostdeutsche Industrie verzeichnete bei ihren Erlösen hohe Zuwachsraten. Im weiteren Verlauf der Jahre 2014 und 2015 dürfte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weiter zunehmen. Mit voraussichtlich 1,8 % in diesem und 2,0 % im kommenden Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands kräftig steigen (vgl. Tab. 1). Damit folgt das konjunkturelle Verlaufsbild jenem von Deutschland insgesamt, wenngleich das hiesige Wirtschaftswachstum etwas geringer ausfallen dürfte. Dies sind die zentralen Ergebnisse der Konjunkturprognose der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS vom 03.07.2014.

noserechnung; zwischenzeitlich veröffentlichte Daten werden nicht berücksichtigt.

## Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die Konjunkturprognose für Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen ist koordiniert auf die Prognose des IFO INSTITUTS für Deutschland vom 26.06.2014 [vgl. hier und im Folgenden NIERHAUS (2014)]. Das IFO INSTITUT unterstellt, dass sich die derzeitigen geopolitischen Risiken in der Ukraine und im Irak im Prognosezeitraum nicht materialisieren, dass die Geldpolitik weiterhin expansiv wirkt und dass das Zinsniveau auf seinem historischen Tief-

**Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen**

Veränderungen zum Vorjahr (in %) <sup>a</sup>	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Bruttoinlandsprodukt	0,3	1,8	2,0	0,3	1,9	2,1
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	0,3	2,0	2,2	0,3	2,1	2,4
Bruttowertschöpfung Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-0,4	3,8	5,0	0,6	4,1	5,2
Bruttowertschöpfung Baugewerbe	-1,3	3,9	3,4	0,5	4,1	3,5
Bruttowertschöpfung Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	1,9	2,0	2,0	1,9	2,1	1,8
Bruttowertschöpfung Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen	1,2	2,2	2,3	0,2	2,2	2,4
Bruttowertschöpfung Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte	-0,5	0,4	0,3	-0,8	0,4	0,3
Zahl der Erwerbstätigen	0,3	0,2	-0,1	0,5	0,4	-0,0

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2014), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2013), 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

Der vorliegende Artikel beleuchtet, wie sich die positive Tendenz der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen niederschlägt. Maßgeblich hierfür ist der Informationsstand zum Zeitpunkt der Prog-

\* Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. Robert Lehmann und Michael Weber sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts im Bereich Konjunktur und Wachstum.

stand verharret. Unter diesen Annahmen bleibt die konjunkturelle Grundtendenz für Deutschland im Prognosezeitraum deutlich nach oben gerichtet. Das niedrige Zinsniveau begünstigt die Investitionstätigkeit und den privaten Konsum. Wie im vergangenen Jahr dürfte damit die Binnennachfrage wesentlicher Treiber des anhaltenden Aufschwungs sein. Vom Außenhandel hingegen wird kein positiver Wachstumsbeitrag ausgehen. Alles in allem rechnet das IFO INSTITUT mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr um 2,0 % und im kommenden Jahr um 2,2 %.

Mit zunehmender Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürfte die Arbeitsnachfrage der Unternehmen, gemessen in Arbeitsstunden, weiter steigen. Jedoch wird es zu einer Abschwächung des Tempos kommen, da die anziehenden Reallöhne die Kostensituation der Unternehmen verschlechtern. Zudem dürften sich Fachkräfteknappheiten stärker bemerkbar machen. Im Jahr 2014 wird die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland voraussichtlich um 0,9 % steigen. Im kommenden Jahr setzt sich der Beschäftigungsaufbau mit abschwächender Dynamik fort. Zudem dämpft die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns die Arbeitsnachfrage. Alles in allem dürfte die Erwerbstätigkeit in Deutschland im Jahr 2015 lediglich um 0,5 % expandieren.

### Prognose für Ostdeutschland und Sachsen im Überblick

In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) und dem Freistaat Sachsen folgt der konjunkturelle Verlauf der gesamtdeutschen Entwicklung, jedoch fällt die Dynamik hier etwas schwächer aus. Bereits im Jahr 2013 expandierten die ostdeutsche und die sächsische Wirtschaft leicht unterhalb des gesamtdeutschen Durchschnitts. Nach vorläufigen Berechnungen des ARBEITSKREISES VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (AK VGRdL) wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) und im Freistaat Sachsen jeweils um 0,3 %, gegenüber 0,4 % in Deutschland [vgl. ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER (2014)]. Ein wesentlicher Grund für diesen Unterschied dürfte das Hochwasser vom Juni 2013 gewesen sein, das in den ostdeutschen Ländern einen raschen Ausgleich der witterungsbedingten Produktionsausfälle aus dem ersten Quartal des Jahres 2013 verhinderte. Darüber hinaus ist aber auch der anhaltende Bevölkerungsrückgang ein Grund für die geringere Konjunkturendynamik in Ostdeutschland.

Im ersten Quartal des laufenden Jahres setzten der milde Winter sowie die durch das Hochwasser 2013 er-

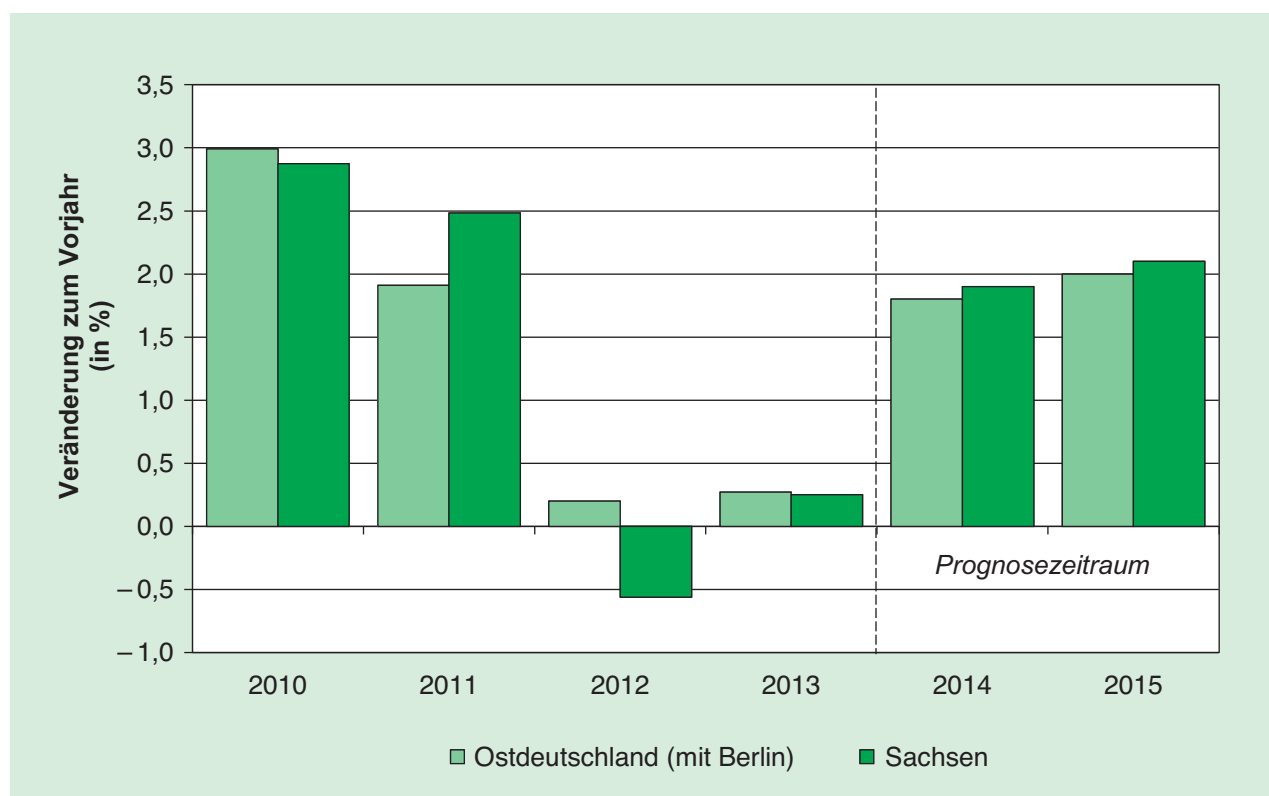
forderlich gewordenen Baumaßnahmen positive Impulse im Bausektor. Zudem förderten die günstigen Finanzierungsbedingungen sowie die hohe Kapazitätsauslastung Investitionen in Ausrüstungen und damit die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe. Die konsumnahen Bereiche wiederum profitierten von der stabilen Entwicklung der Löhne sowie dem fortgesetzten Beschäftigungsaufbau.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2014 wird sich die positive konjunkturelle Grundtendenz in Ostdeutschland und auch im Freistaat Sachsen fortsetzen. Auftrieb erhält die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von der Binnenkonjunktur, insbesondere den weiter zunehmenden Ausrüstungs- und Erweiterungsinvestitionen sowie dem privaten Konsum. Die Dynamik der Bautätigkeit wird sich auf hohem Niveau stabilisieren. Die Auslandsnachfrage nimmt zwar allmählich zu; jedoch steigen zugleich die Importe an. Das IFO INSTITUT prognostiziert daher für das Jahr 2014 einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) um 1,8 % und im Freistaat Sachsen um 1,9 % (vgl. Abb. 1).

Im Jahr 2015 wird das Expansionstempo nochmals höher ausfallen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (mit Berlin) dürfte um 2,0 % expandieren. In Sachsen wird das Wachstum auf Grund der stärkeren Spezialisierung des Freistaats auf die Produktion von Investitions- und Exportgütern sogar 2,1 % betragen.

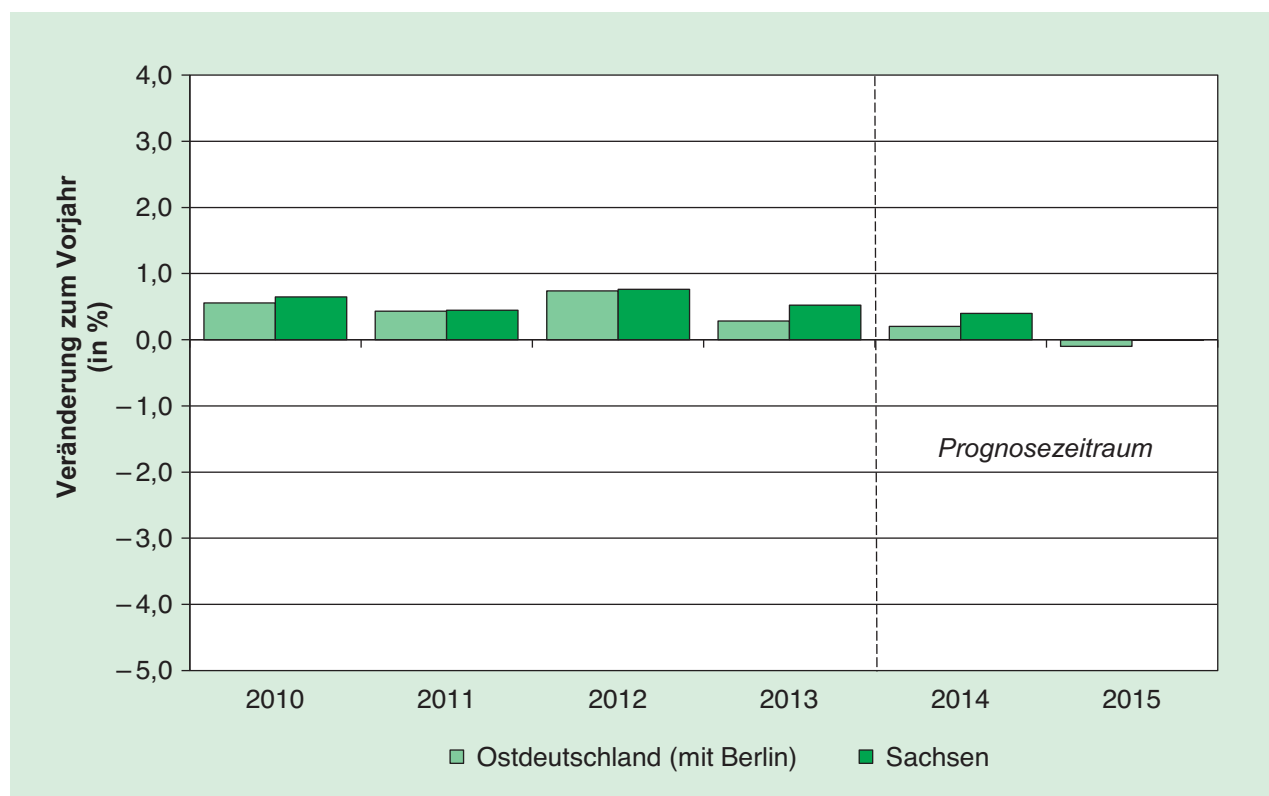
Begünstigt durch die milde Witterung und die anziehende Industriekonjunktur hat auch die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland und Sachsen zu Jahresbeginn zugenommen. Nach Angaben des STATISTISCHEN AMTES MECKLENBURG-VORPOMMERN (2014) stieg die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal des laufenden Jahres in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) um 0,4 % und im Freistaat Sachsen sogar um 0,7 %. Im weiteren Jahresverlauf und auch im Jahr 2015 wird sich die Beschäftigungsentwicklung jedoch verlangsamen. Darauf deuten wichtige Frühindikatoren wie das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands bzw. Sachsens hin. Zwar steigt die Arbeitsnachfrage mit der Ausweitung der Produktion grundsätzlich an; jedoch wirken sich Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt, die demographische Entwicklung und die Einführung des Mindestlohns zum 1. Januar 2015 dämpfend auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Wird die Erwerbstätigkeit im Jahr 2014 in Ostdeutschland noch um 0,2 % und im Freistaat Sachsen um 0,4 % zunehmen, muss für das Jahr 2015 mit einer Stagnation (Ostdeutschland: -0,1 %, Sachsen: -0,0 %) gerechnet werden (vgl. Abb. 2).

Abbildung 1: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2014), 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 2: Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quelle: Berechnungen ETR des Bundes und der Länder (2014), 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

## Die Wirtschaftsbereiche im Einzelnen

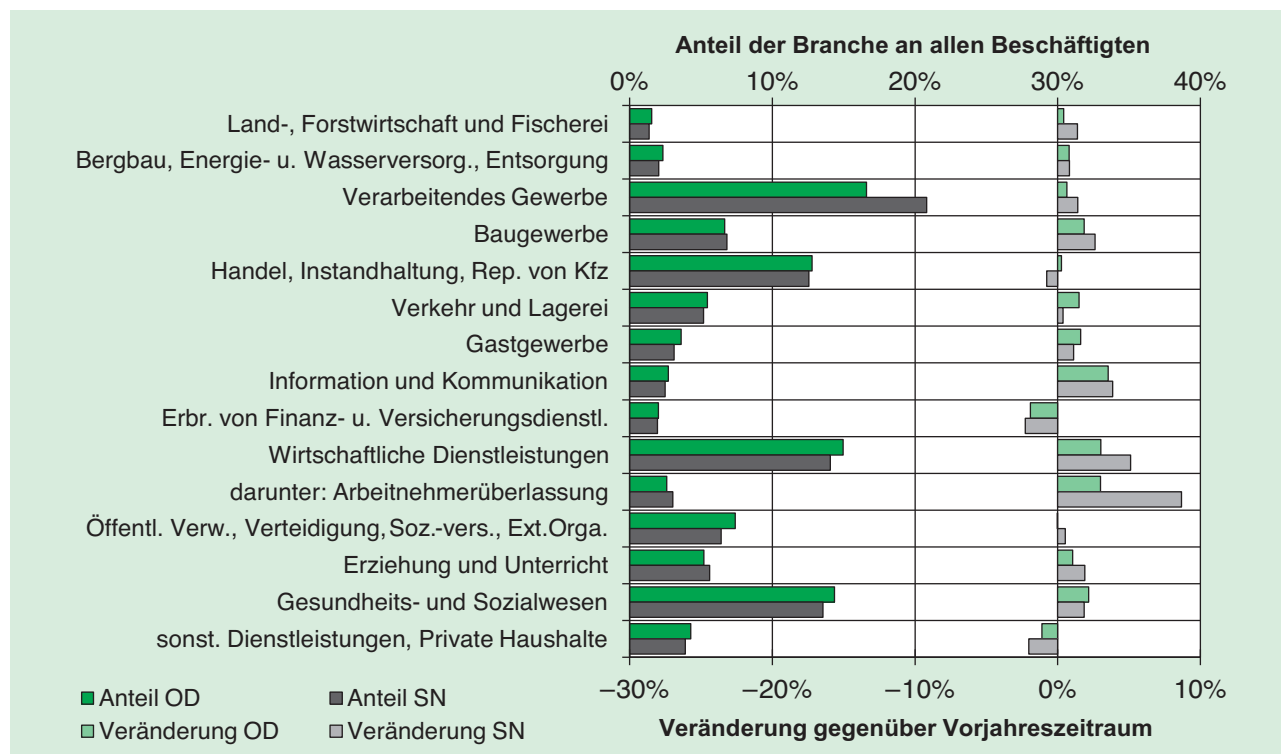
### Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe: Kräftiger Aufwind in der Industrie

Die Unternehmen des ostdeutschen und sächsischen Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) haben nach einem verhältnismäßig starken zweiten Halbjahr 2013 den positiven Trend in der Umsatzentwicklung Anfang 2014 fortgesetzt. Maßgeblich begünstigt durch eine gestiegene Nachfrage nach Investitionsgütern legten die Umsätze der ostdeutschen Industrieunternehmen nach Angaben der amtlichen Statistik im ersten Quartal 2014 gegenüber dem schwachen Vorjahreszeitraum um 6,0 % zu; in Sachsen sind die Umsätze sogar um 8,7 % gestiegen [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2014b)]. Gleichzeitig stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2014a) von Januar bis März 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,6 % in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) und um 1,4 % in Sachsen (vgl. Abb. 3). Auch in den kommenden Monaten ist mit einer weiteren Zunahme der Beschäftigung in diesem Bereich zu rechnen: Im Mai wurden sowohl in Ostdeutschland als auch im Freistaat Sachsen erneut über

10 % mehr freie Stellen an die Arbeitsagenturen gemeldet als im Vorjahresmonat [vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2014b)].

Im weiteren Jahresverlauf dürfte die in- und ausländische Investitionsgüternachfrage weiter zunehmen. Mit ansteigender Auslastung der Produktionskapazitäten werden zudem Erweiterungsinvestitionen signifikant an Bedeutung gewinnen. Begünstigt wird die Entwicklung von dem dauerhaft niedrigen Zinsniveau und den daraus resultierenden, äußerst vorteilhaften Finanzierungsbedingungen für Unternehmen. Zudem sinkt die Sparquote der privaten Haushalte, was die Nachfrage nach Konsumgütern zusätzlich anregt. Ab der zweiten Jahreshälfte ist schließlich eine Belebung der Exportnachfrage zu erwarten. Da sich gleichzeitig jedoch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit infolge zunehmender Arbeitskosten im Prognosezeitraum verschlechtern wird und dadurch die Dynamik der Binnenkonjunktur auch die Importe steigen werden, sind vom Außenhandel insgesamt keine positiven Impulse für die ostdeutsche und die sächsische Wirtschaft zu erwarten. Dennoch wird die konjunkturelle Dynamik im Produzierenden Gewerbe ohne Bau im Jahr 2015 weiter zunehmen. Insgesamt prognostiziert das IFO INSTITUT einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) von 3,8 % im Jahr 2014 und von 5,0 % im Jahr 2015 (vgl. Abb. 4).

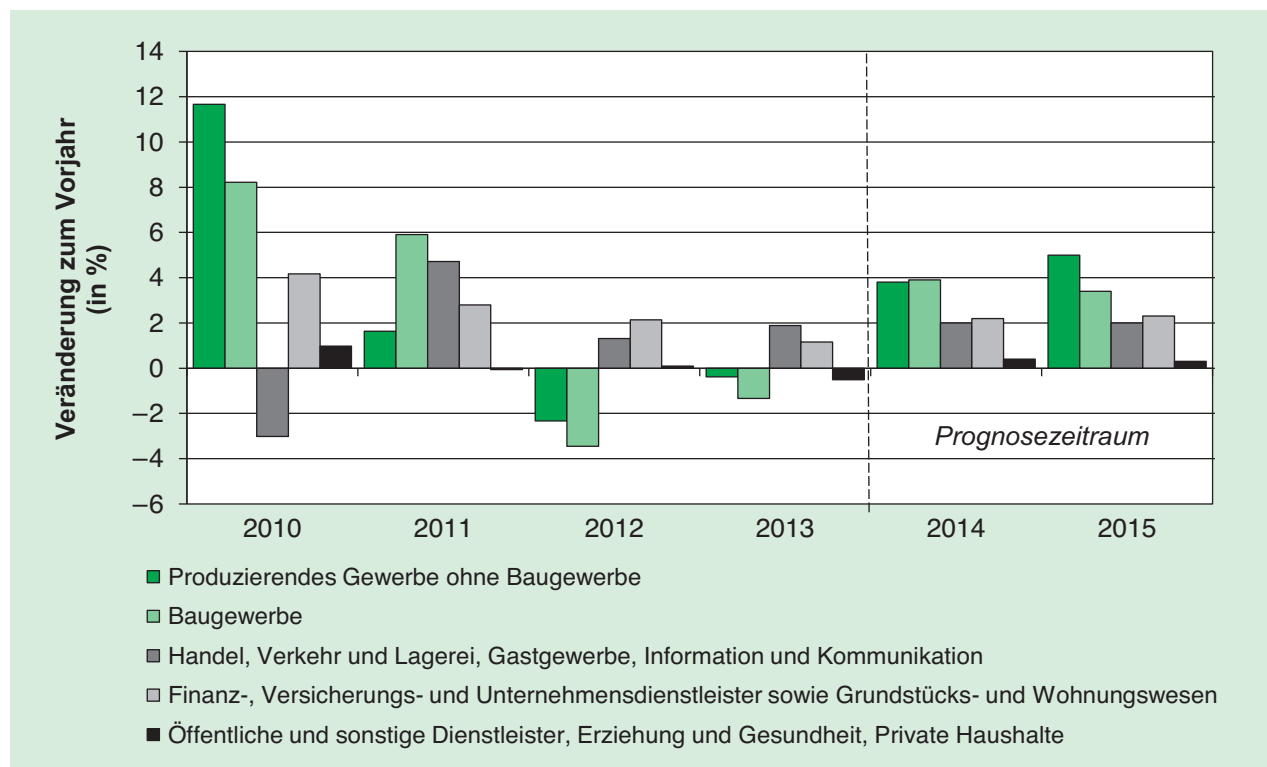
**Abbildung 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Ostdeutschland und Sachsen nach Wirtschaftszweigen, Januar bis März 2014**



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.



Abbildung 4: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2014), 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

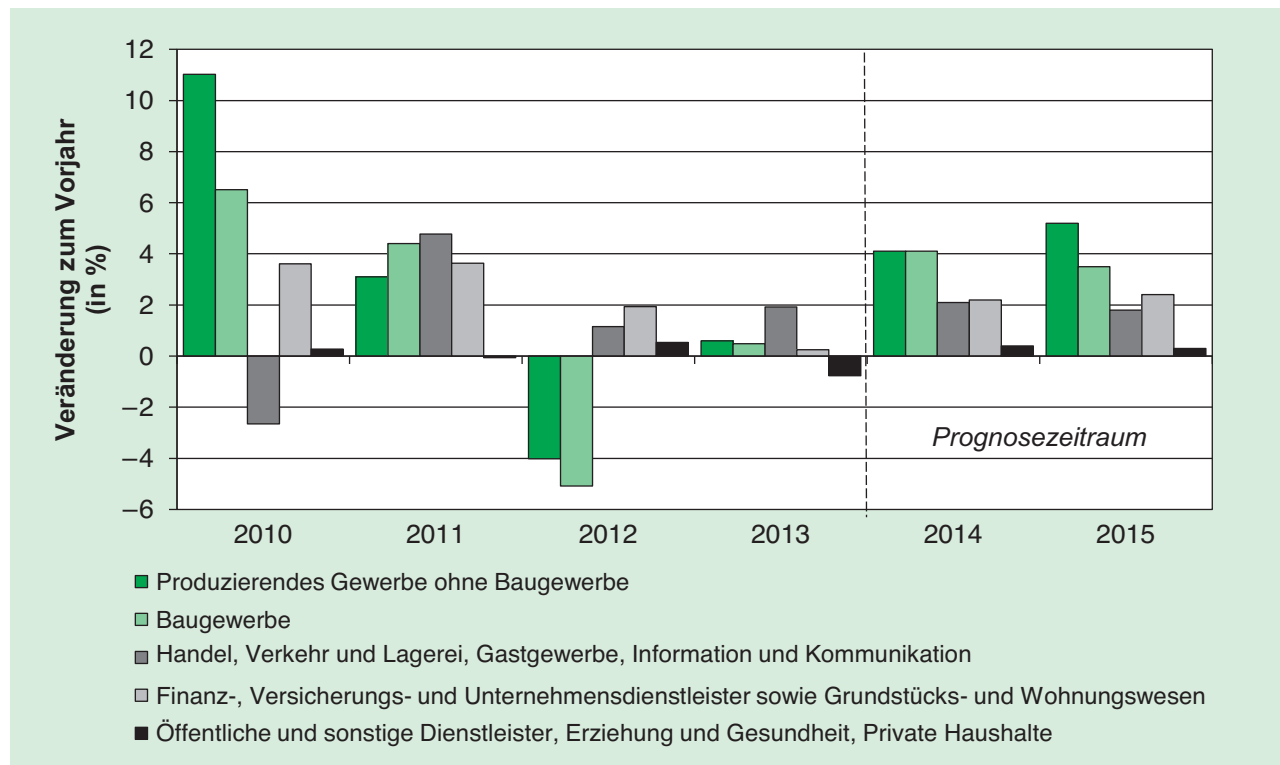
Die Industrie im Freistaat Sachsen profitiert auf Grund ihrer Spezialisierung von der zunehmenden Investitionsgüternachfrage noch etwas stärker als jene in den übrigen ostdeutschen Bundesländern. Daher wird die Zunahme der industriellen Wertschöpfung im Freistaat mit 4,1 % im laufenden und mit 5,2 % im folgenden Jahr noch etwas stärker ausfallen als in Ostdeutschland insgesamt (vgl. Abb. 5).

#### Baugewerbe: Wohnungsbau stabilisiert sich auf hohem Niveau, Wirtschaftsbau nimmt Fahrt auf

Nach den besonders widrigen Witterungsbedingungen im Jahr 2013 profitierten das ostdeutsche und das sächsische Baugewerbe zu Beginn des laufenden Jahres von einem überdurchschnittlich milden Winter. Von Januar bis März realisierten die Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen im Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorjahreszeitraum kräftige Umsatzsteigerungen von mehr als 30 % [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2014a)]. Jeweils mehr als 45 % Umsatzwachstum wurden im öffentlichen Bau Ostdeutschlands und im sächsischen Wohnungsbau verzeichnet. Die günstigen Witterungsbedingungen schlugen sich auch in der Beschäftigung nieder. Insgesamt stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Baugewerbe von Januar bis März 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,8 % in Ostdeutschland (mit Berlin)

und um 2,6 % im Freistaat Sachsen. Auch im weiteren Jahresverlauf ist mit einer regen Bautätigkeit zu rechnen. So berichteten die Betriebe im ifo Konjunkturtest im gesamten zweiten Quartal von einer Geräteauslastung weit oberhalb des langfristigen Mittels. Sowohl die gegenwärtige Geschäftslage als auch die erwartete Geschäftsentwicklung bis Jahresende wurden im Juni von den befragten Betrieben im Bauhauptgewerbe mehrheitlich positiv bewertet. Gefördert wird die gute Stimmung im Bausektor von der stabil hohen Tätigkeit im Wohnungsbau und dem anhaltend historisch niedrigen Zinsniveau. Bis Jahresende ist überdies infolge der allgemeinen konjunkturellen Belebung mit einer Expansion im Wirtschaftsbau zu rechnen. Im Jahr 2015 dürften sich bei saisonüblicher Wetterentwicklung der öffentliche Bau und der Wohnungsbau auf teils hohem Niveau stabilisieren, während sich die Dynamik im Wirtschaftsbau weiter beschleunigen wird. Das ifo INSTITUT erwartet daher für Ostdeutschland (einschließlich Berlin) einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im gesamten Baugewerbe um 3,9 % in diesem und um 3,4 % im folgenden Jahr. Im Freistaat Sachsen dürfte die Entwicklung aufgrund der hochwasserbedingten Wiederaufbau- und Schutzbaumaßnahmen sowie der etwas größeren Bedeutung des Wirtschaftsbaus mit 4,1 % bzw. 3,5 % sogar geringfügig dynamischer verlaufen.

**Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft**



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2014), 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

### **Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation: Stabile Umsatzentwicklung dank anhaltend guter Konjunktur**

Im Dienstleistungssektor wird die positive Grundtendenz im Prognosezeitraum ebenfalls anhalten. Bereits im ersten Quartal konnten nahezu alle Teilbereiche Umsatz- und Beschäftigungssteigerungen verzeichnen. Lediglich der Einzelhandel kämpfte mit einem schwachen Wintergeschäft. Am stärksten expandierte erneut der Sektor „Information und Kommunikation“. Im Freistaat Sachsen wuchsen die Erlöse in diesem Bereich um 12,1 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Gleichzeitig stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 3,5 % in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 3,8 % in Sachsen. Im weiteren Jahresverlauf ist in allen Teilbereichen mit einer weiteren Belebung zu rechnen. Hierzu trägt maßgeblich das niedrige Zinsniveau bei, wodurch einerseits die Sparquote sinkt und andererseits vermehrt Konsumentenkredite in Anspruch genommen werden. Zusätzliche positive Wirkung entfalten die guten Einkommensperspektiven auf dem Arbeitsmarkt sowie die steigenden Altersbezüge. Großhandel und Transportwesen wiederum profitieren von der sich beschleunigenden Industriekonjunktur. Im kommenden Jahr wird sich diese positive Entwicklung fortsetzen. Die

Einführung des Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2015 wird vor allem im Einzelhandel und im Gastgewerbe die Lohnkosten erhöhen und die Dynamik hier etwas dämpfen. Im gesamten Aggregat „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) um jeweils 2,0 % in diesem und im nächsten Jahr zunehmen. Im Freistaat Sachsen ist für das laufende Jahr mit einem etwas stärkeren Wachstum zu rechnen, da das hiesige Gastgewerbe die hochwasserbedingten Nachfrageausfälle des vergangenen Jahres ausgleichen wird. Entsprechend wird das Wachstum dann im folgenden Jahr geringer ausfallen. Insgesamt prognostiziert das ifo INSTITUT für Sachsen ein Wachstum in den genannten Dienstleistungsbereichen von 2,1 % im Jahr 2014 und von 1,8 % im Jahr 2015.

### **Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen: Industriedynamik begünstigt Aufschwung**

Die sich gut entwickelnde Industriekonjunktur wird im Prognosezeitraum auch die Nachfrage nach unternehmensnahen Dienstleistungen und nach Finanzierungsdienstleistungen weiter beleben. Schon im ersten Quartal des

laufenden Jahres überstiegen die Umsätze der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleister des Freistaates Sachsen den Wert des Vorjahresquartals um 6,5 %. Zugleich expandierte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei den Wirtschaftlichen Dienstleistern, insbesondere im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung. Hier konnte in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Beschäftigungsplus von 3,0 % in Ostdeutschland und sogar von 8,7 % im Freistaat Sachsen verbucht werden. Allerdings ging die Beschäftigung bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern im gleichen Zeitraum um 1,9 % bzw. 2,3 % zurück. Auch im Prognosezeitraum dürfte das anhaltend niedrige Zinsniveau zweischneidig für den Finanz- und Versicherungssektor wirken: Einerseits fördert es die Kreditnachfrage, andererseits senkt es die Zinseinnahmen der Finanzinstitute. Das Grundstückswesen profitiert von der anhaltenden Ausweitung des Wohnraums und der steigenden Nachfrage, insbesondere in den größeren Städten. Insgesamt bleiben auch in diesem Wirtschaftsbereich die konjunkturellen Aussichten aufwärtsgerichtet. Das Wachstum im gesamten Aggregat „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen“ wird in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) daher 2,2 % im Jahr 2014 und 2,3 % im Jahr 2015 betragen. Im Freistaat Sachsen wirken sich die positiven Impulse aus der Industriekonjunktur vor allem im kommenden Jahr noch etwas kräftiger aus. Somit wird sich das diesjährige Wachstum auf 2,2 % bzw. 2,4 % belaufen.

### **Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte: Schwaches Wachstum aufgrund gemischter Entwicklungen**

Auch in den übrigen Dienstleistungsbereichen ist im Prognosezeitraum mit einer Ausweitung der Produktionsleistung zu rechnen. Bereits im ersten Quartal des laufenden Jahres wurde mit Ausnahme der sonstigen Dienstleistungen in allen Teilbereichen dieses Aggregats sowohl in Ostdeutschland insgesamt als auch in Sachsen die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeweitet. Die öffentlichen Haushalte profitieren von steigenden Steuereinnahmen, die privaten Dienstleister von der guten Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation. Infolge der demographischen Entwicklung wird auch die Nachfrage nach gesundheitsbezogenen Dienstleistungen weiter steigen. Dämpfende Impulse werden ab dem Jahr 2015 vom Mindestlohn ausgehen. Insbesondere im Bereich der privaten und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen ist dann mit Kostensteigerungen zu rechnen, die die Nachfrage und damit auch die Produktion beeinträchtigen. Insgesamt wird sich die Dynamik im gesamten Aggregat „Öffentliche

und sonstige Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte“ in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) und im Freistaat Sachsen gleichermaßen entwickeln. Das IFO INSTITUT erwartet ein Wachstum der preisbereinigten Bruttowertschöpfung jeweils um 0,4 % im Jahr 2014 und um 0,3 % im Jahr 2015.

### **Literatur**

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) des BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2014): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand Februar 2014, erschienen im März 2014.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2014): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand August 2013/Februar 2014, erschienen im März 2014.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2014a): Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftsfachlicher Gliederung (WZ 2008), Reihe Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, Nürnberg, verschiedene Ausgaben.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2014b): Gemeldete Arbeitsstellen nach Wirtschaftszweigen, Reihe Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsmarktstatistik, Nürnberg, verschiedene Ausgaben.
- NIERHAUS, W. (2014): Deutschlandprognose 2014/2015: Aufschwung geht weiter. In: ifo Dresden berichtet 4/2014; S. 3 bis 10.
- STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) (2014): Stagnation der Erwerbstätigkeit im I. Quartal 2014, Presseinformation Nr. 39/2014 vom 17.06.2014, Schwerin.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014a): Auftragseingang, Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u. m. tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 17. Juni 2014.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden März 2014, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, erschienen im Mai 2014.

<sup>1</sup> Die Autoren bedanken sich bei Herrn Tobias Knoblich für seine hilfreiche Unterstützung bei der Erstellung der vorliegenden Prognose. Herr Knoblich war Praktikant im Zeitraum von Mai bis Juli 2014 im Bereich Konjunktur und Wachstum der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS.

# Der Erklärungsgehalt der regionalen ifo-Indikatoren am Beispiel der Industrie- und Bauumsätze

Robert Lehmann, Andreas Sharik und Michael Weber\*

Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft<sup>1</sup> Deutschlands gilt als wichtigster und meistbeachteter Indikator zur frühzeitigen Beurteilung der aktuellen Konjunkturlage in Deutschland [vgl. SEILER und WOHLRABE (2013)]. In der breiten öffentlichen Wahrnehmung ist weniger bekannt, dass auch regionale Auswertungen der ifo-Indikatoren vorliegen, beispielsweise für Ostdeutschland oder Sachsen. Doch gerade auf der subnationalen Ebene sind diese Frühindikatoren von entscheidender Bedeutung, da hier, anders als für Deutschland insgesamt, zahlreiche Konjunkturindikatoren nicht zur Verfügung stehen. Wir untersuchen, ob das ifo Geschäftsklima, die ifo Geschäftserwartungen und die ifo Geschäftslage auch in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt sowie im Freistaat Sachsen dazu verwendet werden können, die branchenspezifische Entwicklung frühzeitig zu diagnostizieren. Als Diagnosegegenstand dient die Umsatzentwicklung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe und Bauhauptgewerbe. Es zeigt sich, dass die ifo-Indikatoren diese Aufgabe auch auf der regionalen Ebene zuverlässig erfüllen. Bereits in LEHMANN et al. (2010) wurden die Zusammenhänge zwischen den ifo-Indikatoren und der Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe des Freistaates Sachsen betrachtet. Der vorliegende Artikel weitet diese Analyse auf Ostdeutschland insgesamt aus und schließt überdies das Bauhauptgewerbe mit ein. Der folgende Abschnitt stellt zunächst die Regionalauswertung des ifo Konjunkturtests vor. Anschließend werden die wesentlichen Erkenntnisse aus früheren Untersuchungen zu den Prognoseeigenschaften der ifo-Indikatoren zusammengefasst. Danach werden die für die Untersuchung zur Verfügung stehenden Daten vorgestellt. In der Analyse selbst werden Kreuzkorrelationen und Granger-Kausalitätstests verwendet. Der Artikel schließt mit einem zusammenfassenden Fazit.

## Regionalauswertung des ifo Konjunkturtests

Die monatliche Befragung des IFO INSTITUTS, der so genannte ifo Konjunkturtest, erreicht auf mehreren Ebenen Repräsentativität. So sind die gesamtdeutschen Ergebnisse zunächst einmal repräsentativ auf der fachlichen und der Firmenebene. Das bedeutet, dass sowohl alle wesentlichen Wirtschaftsbereiche als auch alle Unternehmensgrößenklassen in ausreichender Zahl in der Befra-

gung vertreten sind. Zusätzlich erreicht der ifo Konjunkturtest auch regionale Repräsentativität auf ausgewählten Ebenen unterhalb Gesamtdeutschlands. Die Regionalauswertung des ifo Konjunkturtests ist derzeit für die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen möglich.<sup>2</sup> Für den Freistaat Sachsen werden monatlich die neuen Befragungsergebnisse dem SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND VERKEHR zur Verfügung gestellt und im Sachsenbarometer der SÄCHSISCHEN ZEITUNG kommentiert. Die Befragungsergebnisse für Ostdeutschland werden in einer monatlich erscheinenden Pressemitteilung veröffentlicht.

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands beruht auf knapp 7.200 Unternehmensmeldungen. Für Ostdeutschland wird die Repräsentativität durch annähernd 1.200 Meldungen der Unternehmen aus dem ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel erreicht; die sächsischen Ergebnisse beruhen auf ca. 500 Unternehmensmeldungen. Das regionale Frageprogramm des ifo Konjunkturtests ist dabei identisch mit dem gesamtdeutschen.

## Wissenschaftliche Vorarbeiten

Es gibt bereits zahlreiche Arbeiten, die sich mit den Prognoseeigenschaften von ifo-Indikatoren beschäftigen oder aber die Indikatoren gezielt für die Prognose einsetzen [für einen Überblick über neuere Arbeiten siehe SEILER und WOHLRABE (2013)]. Dabei steht insbesondere der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands im Mittelpunkt des Interesses. Die Ergebnisse attestieren dem ifo-Klimaindikator eine hohe Qualität. Erstens lassen sich mit dem ifo Geschäftsklima die Wendepunkte der deutschen Konjunktur frühzeitig erkennen und auch prognostizieren [vgl. ABBERGER und NIERHAUS (2008; 2010)]. Zweitens lässt sich mit dem ifo Geschäftsklimaindex die Prognosegüte für das reale deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber einfachen Modellen erheblich verbessern [vgl. SEILER und WOHLRABE (2013) sowie die Verweise darin]. Grundsätzlich sind die

\* Robert Lehmann und Michael Weber sind Doktoranden, Andreas Sharik war von Oktober bis Dezember 2013 Praktikant im Bereich Konjunktur und Wachstum der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

ifo-Indikatoren besonders für die Kurzfristprognose geeignet, also für eine Vorhersage für das laufende und das folgende Quartal [für einen Übersichtsartikel zu verschiedenen Prognosemethoden siehe NIERHAUS und STURM (2003); für eine Anwendung vgl. HENZEL und RAST (2013)]. Das IFO INSTITUT verwendet für seine Kurzfristprognose den eigens entworfenen, dreistufigen IFOCAST-Ansatz [vgl. CARSTENSEN et al. (2009)].

Die vom IFO INSTITUT erhobenen Indikatoren eignen sich aber nicht nur zur Vorhersage des gesamtdeutschen BIP, sondern auch für viele andere makroökonomische Größen, etwa für die deutschen Ausrüstungsinvestitionen [vgl. BILLHARZ et al. (2012)], für die deutschen Exporte [vgl. ELSTNER et al. (2013)] oder – im Falle des ifo Beschäftigungsbarometers – für den deutschen Arbeitsmarkt [vgl. ABBERGER (2008)].

Auffällig ist jedoch, dass Analysen für einzelne Wirtschaftsbereiche zu einem geringeren Grad in der Literatur vertreten sind. ABBERGER (2006) nutzt die Befragungsergebnisse aus dem deutschen Verarbeitenden Gewerbe zur Vorhersage und Bestimmung von Wendepunkten der Industrieproduktion. Die Analyse von SCHARSCHMIDT und WOHLRABE (2011) geht sogar noch eine Ebene tiefer und verwendet branchenspezifische ifo-Indikatoren zur Vorhersage der Industrieproduktion in 22 Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland. Stellvertretend für die Prognose der Bruttowertschöpfung (BWS) in diversen deutschen Dienstleistungsbereichen steht der Artikel von WOHLRABE (2012).

Die regionalen ifo-Indikatoren verbessern die Vorhersage des realen BIP in Ostdeutschland, Sachsen und Baden-Württemberg [vgl. LEHMANN und WOHLRABE (2014a)]. Mit den sektoralen Befragungsergebnissen für Sachsen lässt sich die Entwicklung der branchenspezifischen BWS gut prognostizieren [vgl. LEHMANN und WOHLRABE (2014b)]. Auch das Beschäftigungsbarometer hat sich in Ostdeutschland [vgl. LEHMANN (2010)] und Sachsen [vgl. VOGT (2008)] bewährt. Anknüpfend an den Auf-

satz von LEHMANN et al. (2010) trägt dieser Artikel folgendermaßen zur Literatur bei: Erstens erweitern wir die Analyse auf die ostdeutschen Bundesländer. Zweitens prüfen wir den Erklärungsgehalt der regionalen ifo-Indikatoren für die Umsatzentwicklung im Bauhauptgewerbe und Verarbeitenden Gewerbe.

### Amtliche Daten und verwendete Indikatoren

Grundsätzlich stehen auf der regionalen Ebene alle ifo-Indikatoren zur Verfügung. Jedoch macht die eingeschränkte Datenverfügbarkeit unterhalb der gesamtdeutschen Ebene diverse Untersuchungen unmöglich (z. B. liegen keine Angaben zu einem ostdeutschen bzw. sächsischen Produktionsindex vor). Daher müssen geeignete Ersatzgrößen aus der amtlichen Statistik gefunden werden. Hier bieten sich die sektoralen Umsatzzeitreihen an. Sie liegen unmittelbar als zu prognostizierende Größen (Referenzzeitreihen) vor. Nachfolgend beschränken wir uns auf die monatlichen nominalen Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe einschließlich Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden (Monatsbericht von Betrieben mit 50 und mehr tätigen Personen) sowie den monatlich verfügbaren baugewerblichen Umsatz im Bauhauptgewerbe (nominal, Monatsbericht mit Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen).<sup>3</sup> Diese beiden Umsatzgrößen liegen konsistent sowohl für Ostdeutschland und Sachsen vor. Um die Umsätze für die Analyse verwenden zu können, wurde eine Transformation in Wachstumsraten zum Vorjahresmonat durchgeführt. Aus der Fülle an ifo-Indikatoren haben wir die prominentesten für die nachfolgende Untersuchung gewählt: ifo Geschäftsklima, ifo Geschäftslage und ifo Geschäftserwartungen. Alle Indikatoren aus der Befragung gehen in ursprünglicher Form (Salden) in die Untersuchung ein. Tabelle 1 stellt die verwendeten Größen nochmal übersichtsmäßig dar.

**Tabelle 1: Zu prognostizierende Größen und ausgewählte ifo-Indikatoren**

	Verarbeitendes Gewerbe	Bauhauptgewerbe
Zu prognostizierende Größe	nominale Umsätze, Wachstumsrate zum Vorjahresmonat	nominale Umsätze, Wachstumsrate zum Vorjahresmonat
ifo-Indikatoren	Geschäftsklima, Geschäftslage, Geschäftserwartungen	Geschäftsklima, Geschäftslage, Geschäftserwartungen
Regionale Einheit	Sachsen, Ostdeutschland (mit Berlin)	Sachsen, Ostdeutschland (mit Berlin)

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Das in diesem Aufsatz verwendete Instrumentarium beschränkt sich auf die so genannte in-sample-Analyse. Wir prüfen zuerst, wie stark der lineare Zusammenhang zwischen den Befragungsdaten und der Umsatzentwicklung ist (Kreuzkorrelationen). Anschließend testen wir, wie gut sich das Modell mit ifo-Indikatoren an die Umsatzentwicklung anpasst und ob die Indikatoren einen zusätzlichen Erklärungsgehalt liefern (Granger-Kausalität). Die Methodik wird nachfolgend näher erläutert.

### Kreuzkorrelationen

Das statistische Instrument der Kreuzkorrelationen eignet sich besonders dazu, lineare Wechselbeziehungen zwischen zwei Variablen aufzuzeigen. Vorteilhaft an Kreuzkorrelationen ist ihre Fähigkeit, sowohl die Stärke, die Richtung als auch die zeitliche Dimension des Zusammenhangs zwischen zwei Größen darzustellen. In unserem Fall untersuchen wir, wie ein ifo-Indikator (z. B. das ifo Geschäftsklima für das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe) mit der jeweils zu prognostizierenden Größe (in diesem Fall die Umsatzwachstumsrate in der Industrie Ostdeutschlands) zusammenhängt.

Eine Korrelation ist immer im Bereich von  $-1$  bis  $+1$  definiert. Je näher die gemessene Korrelation zwischen Indikator und Prognosevariable an  $-1$  bzw.  $+1$  liegt, desto stärker ist der Zusammenhang zwischen beiden Größen. Das Vorzeichen der jeweiligen Korrelation bestimmt die Richtung des linearen Zusammenhangs. Bei einem positiven Vorzeichen spricht man von einer positiven Korrelation und der Indikator bewegt sich in die gleiche Richtung wie der Umsatz. Ein steigender Umsatz wird bspw. von einem Anstieg des ifo Geschäftsklimas angezeigt. Ein solcher Indikator wird prozyklisch genannt. Ist das Vorzeichen negativ, handelt es sich um eine negative Korrelation und somit einen antizyklischen Indikator. Ein steigender Umsatz würde dann durch einen sinkenden Indikator angezeigt. Für die ifo-Indikatoren wird ein prozyklischer Zusammenhang erwartet.

Zudem kann mit Kreuzkorrelationen die zeitliche Dimension des Zusammenhangs gemessen werden. Hierzu wird der Indikator um eine gewisse Anzahl an Monaten in die Vergangenheit oder die Zukunft verschoben und die jeweilige Korrelation gemessen. Tritt die betragsmäßig höchste Korrelation der Umsätze mit dem Indikator bei vergangenen Werten des Indikators auf, besitzt dieser einen Vorlauf gegenüber der Umsatzzeitreihe. Man spricht dann von einem Frühindikator. Sind dagegen Indikatorwerte der Zukunft am stärksten mit den aktuellen Umsätzen korreliert, liegt ein Nachlauf vor. Tritt die größte Korrelation bei den jeweils aktuellen Werten auf, befinden sich Indikator und Referenzzeitreihe im

Gleichlauf. Für eine Prognose sind vor allem die Frühindikatoren bzw. vorlaufenden Indikatoren entscheidend, da diese selbst nicht vorhergesagt werden müssen [vgl. NIERHAUS und STURM (2003)]. Wir erwarten, dass auch die regionalen ifo-Indikatoren einen Vor- bzw. Gleichlauf, in diesem Fall mit den Umsätzen, aufweisen. Vorteilhaft an den Befragungsergebnissen ist, dass diese bereits am Ende eines jeden Monats vorliegen und nur geringen Revisionen unterliegen. Die Umsätze aus der amtlichen Statistik hingegen weisen eine deutliche Publikationsverzögerung auf und werden im Nachgang der Veröffentlichung meist revidiert. Somit kann u. U. auch ein nachlaufender Indikator verlässliche Hinweise auf die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung geben.

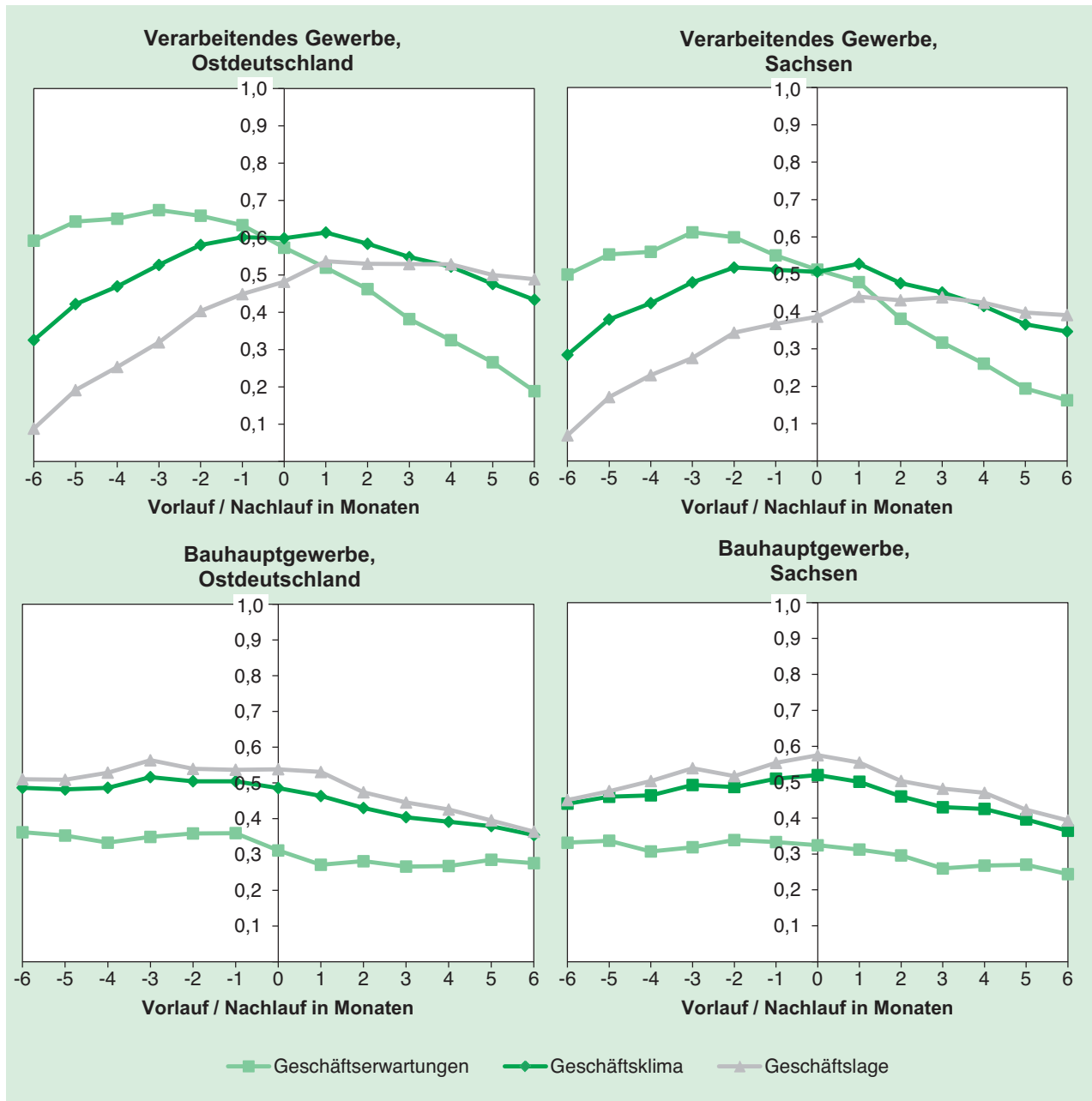
Die Kreuzkorrelationen der ifo-Indikatoren mit den Umsätzen im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind in Abbildung 1 abgetragen. Der Betrachtungszeitraum beträgt jeweils 12 Monate; d. h. wir betrachten jeweils die Korrelation der Umsatzzeitreihe mit Werten der Indikatorzeitreihe maximal sechs Monate zuvor (linker Rand des Diagramms) und maximal sechs Monate danach (rechter Rand des Diagramms).

### Verarbeitendes Gewerbe

Im Verarbeitenden Gewerbe beobachten wir sowohl für Ostdeutschland insgesamt als auch für den Freistaat Sachsen für alle drei Indikatoren umgekehrt U-förmige Verläufe der Kreuzkorrelationen. Die Korrelationen sind in den relevanten Zeitfenstern positiv. Im Freistaat fallen die Korrelationen etwas geringer aus als für Ostdeutschland insgesamt, was einen etwas weniger starken Zusammenhang der Indikatoren mit der Umsatzzeitreihe impliziert.

Aus den Kreuzkorrelationen lassen sich deutlich die unterschiedlichen Zeithorizonte der einzelnen Indikatoren ablesen: Für die ifo Geschäftserwartungen sollen die Befragungsteilnehmer ihre Geschäftssituation in den kommenden sechs Monaten einschätzen, für die ifo Geschäftslage dagegen nur die tatsächliche Situation im Befragungsmonat. Entsprechend erscheint die Kreuzkorrelation der ifo Geschäftslage wie eine Verschiebung der Kreuzkorrelation der ifo Geschäftserwartungen um mehrere Monate nach rechts. Überraschenderweise weichen die Maxima der Kreuzkorrelationen aber geringfügig von den Zeithorizonten der Indikatoren ab. Es wäre zu erwarten gewesen, dass die Kreuzkorrelation der Umsatzzeitreihe mit den ifo Geschäftserwartungen ihr Maximum bei einem Vorlauf von sechs Monaten erreicht. Stattdessen liegt das Maximum bei einem Vorlauf von lediglich drei Monaten. Analog ist zu erwarten, dass die ifo Geschäftslage und die Umsatzzeitreihe einen Gleichlauf aufweisen, mithin das Maximum ihrer Kreuzkorrelation bei einem Vor- bzw. Nachlauf von null Monaten liegt.

Abbildung 1: Kreuzkorrelogramme für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bauhauptgewerbe in Ostdeutschland und Sachsen



Quellen: ifo Konjunkturtest, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Stattdessen beobachten wir einen geringfügigen Nachlauf der Geschäftslage gegenüber den Umsätzen im Verarbeitenden Gewerbe von einem Monat. Auch die Kreuzkorrelation des ifo Geschäftsklimas mit der Umsatzzeitreihe erreicht ihr Maximum bei einem Nachlauf von einem Monat.

Dies bedeutet aber nicht, dass die ifo Geschäftslage und das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe keinen Erklärungsgehalt für die Industriumsätze hätten. Auch die Korrelationen im Vorlauf der einzelnen Indikatoren sind jeweils sehr hoch.

### Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe unterscheiden sich die Kreuzkorrelationen zwischen Ostdeutschland insgesamt und dem Freistaat Sachsen ebenfalls nur geringfügig (vgl. Abb. 1). In beiden Regionen sinkt die Korrelation zwischen ifo Geschäftserwartungen und den tatsächlichen Umsätzen im Betrachtungszeitraum kontinuierlich ab, während für die ifo Geschäftslage und das ifo Geschäftsklima tendenziell ein umgekehrt U-förmiger Verlauf beobachtet werden kann (insbesondere, wenn man den Betrachtungszeitraum

verlängert). Anders als im Verarbeitenden Gewerbe ist aber keine Verschiebung der Korrelationen im Zusammenhang mit den verschiedenen Zeithorizonten festzustellen. Vielmehr liegen die Korrelation von ifo Geschäftslage und ifo Geschäftsklima nahezu aufeinander. In Ostdeutschland ist für diese beiden Indikatoren die größte Korrelation mit den Umsätzen im Bauhauptgewerbe bei einem Vorlauf von drei Monaten festzustellen. Im Freistaat Sachsen scheinen ifo Geschäftslage und ifo Geschäftsklima sich eher im Gleichlauf mit den Umsätzen zu bewegen. Jedoch unterscheiden sich die Korrelationen für einen Vorlauf von sechs bis null Monaten nur unerheblich voneinander. Dies deutet daraufhin, dass vor allem die ifo Geschäftslage und das ifo Geschäftsklima einen hohen Erklärungsgehalt für die Umsatzentwicklung im Bauhauptgewerbe haben.

### Granger-Kausalität

Zusätzlich zur relativ einfachen Kreuzkorrelationsanalyse kann der so genannte Granger-Kausalitätstest für die Vorlaufeigenschaften der Indikatoren verwendet werden [vgl. HAMILTON (1994)]. Beim Granger-Kausalitätstest wird überprüft, ob ein Indikator zusätzlichen Erklärungsgehalt für die dynamische Entwicklung der Referenzzeitreihe besitzt. In diesem Fall spricht man von Granger-kausalen Indikatoren. Zusätzlich kann man mit dem Testverfahren Feedback-Beziehungen zwischen den Variablen aufdecken. Eine Feedback-Beziehung besteht, wenn der Indikator die Referenzzeitreihe erklärt, gleichzeitig aber auch die Referenzzeitreihe für den Indikator Erklärungsgehalt besitzt. Im schlechtesten Fall zeigt der Test umgekehrte Granger-Kausalität an. Diese liegt vor, wenn die Referenzzeitreihe den Indikator signifikant erklärt, aber gleichzeitig der Indikator keinen Erklärungsgehalt für die Referenz liefert.

Zur Überprüfung der Granger-Kausalität werden die beiden nachfolgenden Gleichungen simultan geschätzt:

$$y_t = \alpha_1 y_{t-1} + \dots + \alpha_6 y_{t-6} + \beta_1 x_{t-1} + \dots + \beta_6 x_{t-6} + \epsilon_{1,t} \quad (1)$$

$$x_t = \gamma_1 x_{t-1} + \dots + \gamma_6 x_{t-6} + \delta_1 y_{t-1} + \dots + \delta_6 y_{t-6} + \epsilon_{2,t} \quad (2)$$

Dabei bezeichnet  $y_t$  die Jahreswachstumsrate der monatlichen Umsätze im Bauhauptgewerbe oder Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen bzw. Ostdeutschland. Die jeweiligen ifo-Indikatoren sind durch  $x_t$  repräsentiert. Wir erlauben eine maximale Verzögerung aller Größen von sechs Monaten. Sollten die ifo-Indikatoren Granger-kausal zu den Umsätzen sein, dann haben alle sechs Verzögerungen von  $x_t$  in Gleichung 1 einen signifikanten Einfluss auf  $y_t$ . Gleichzeitig können Feedback-Beziehungen und somit auch die umgekehrte Granger-Kausalität identifiziert

werden. Gleichung 2 testet, ob die Verzögerungen von  $y_t$  zusätzlichen Erklärungsgehalt für  $x_t$  liefern. Zur Beurteilung der Granger-Kausalität wird ein standardmäßiger F-Test herangezogen. Letztendlich ergeben sich vier mögliche Beziehungen zwischen dem Indikator und der Referenzzeitreihe: (i) nur der Indikator ist Granger-kausal zur Referenz; (ii) es besteht eine Feedback-Beziehung, also Granger-Kausalität in beide Richtungen; (iii) nur die Referenz ist Granger-kausal zum jeweiligen Indikator und (iv) es besteht keine Beziehung zwischen beiden Größen. In den Fällen (i) und (ii) kann der Indikator zur Kurzfristprognose der Referenzzeitreihe genutzt werden. Beim Eintreten der Fälle (iii) und (iv) ist der Indikator hingegen nicht geeignet. Die qualitativen Ergebnisse des Granger-Kausalitätstests sind in Tabelle 2 wiedergegeben.

### Verarbeitendes Gewerbe

Die Ergebnisse für das Verarbeitende Gewerbe implizieren, dass alle drei Indikatoren – ifo Geschäftsklima, ifo Geschäftslage und ifo Geschäftserwartungen – tatsächlich Vorlauf- oder Gleichlaufindikatoren darstellen. Für die ifo Geschäftserwartungen und das ifo Geschäftsklima können sogar Feedback-Beziehungen ausgeschlossen werden. Die beobachtete Feedback-Beziehung zwischen den Umsätzen und der Geschäftslage folgt unmittelbar aus der Eigenschaft der Geschäftslage als Gleichlaufindikator.

### Bauhauptgewerbe

Für das Bauhauptgewerbe implizieren die Ergebnisse des Granger-Kausalitätstests, dass sowohl in Ostdeutschland als auch in Sachsen das ifo Geschäftsklima und die ifo Geschäftslage jeweils zusätzlichen Erklärungsgehalt für die Entwicklung der Umsätze im Bauhauptgewerbe liefern, ohne dass eine Feedback-Beziehung besteht. In Ostdeutschland gilt dies sogar für die ifo Geschäftserwartungen. Im Freistaat Sachsen liefern die ifo Geschäftserwartungen dagegen keinen zusätzlichen Erklärungsgehalt für die künftige Entwicklung der Umsätze im Bauhauptgewerbe.

### Fazit

Der ifo Konjunkturtest zielt darauf ab, Frühindikatoren zur zeitnahen Abschätzung der Entwicklung der Gesamtwirtschaft sowie in einzelnen Wirtschaftsbereichen zur Verfügung zu stellen. Das ifo Geschäftsklima gilt dabei als prominentester Vertreter. Angesichts der schlechteren Datenlage auf der subnationalen Ebene kommen den regionalisierten Auswertungen der Befragungsdaten für Ostdeutschland insgesamt sowie für den Freistaat Sachsen im



Tabelle 2: Ergebnisse der Granger-Kausalitätstests

		Ostdeutschland (mit Berlin)	Sachsen
Verarbeitendes Gewerbe	ifo Geschäftserwartungen	Indikator besitzt Erklärungsgehalt	Indikator besitzt Erklärungsgehalt
	ifo Geschäftsklima	Indikator besitzt Erklärungsgehalt	Indikator besitzt Erklärungsgehalt
	ifo Geschäftslage	Indikator besitzt Erklärungsgehalt, Feedback-Beziehung	Indikator besitzt Erklärungsgehalt, Feedback-Beziehung
Bauhauptgewerbe	ifo Geschäftserwartungen	Indikator besitzt Erklärungsgehalt	Indikator besitzt keinen Erklärungsgehalt
	ifo Geschäftsklima	Indikator besitzt Erklärungsgehalt	Indikator besitzt Erklärungsgehalt
	ifo Geschäftslage	Indikator besitzt Erklärungsgehalt	Indikator besitzt Erklärungsgehalt

Quellen: ifo Konjunkturtest, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Einzelnen besondere Bedeutungen zu. Wir beobachten, dass das ifo Geschäftsklima und seine beiden Komponenten, die ifo Geschäftserwartungen und die ifo Geschäftslage, im Verarbeitenden Gewerbe signifikant mit den Umsätzen korrelieren. Der Betrachtungshorizont der beiden Komponenten spiegelt sich dabei in deren Vorlaufeigenschaften wider: Die ifo Geschäftserwartungen führen die Umsatzentwicklung mit einem Vorlauf von drei Monaten an; die ifo Geschäftslage folgt der Umsatzentwicklung geringfügig um einen Monat. Im Bauhauptgewerbe ist ein Gleichlauf von ifo Geschäftsklima, ifo Geschäftslage und Umsätzen zu beobachten. Die ökonomische Überprüfung mittels Granger-Kausalitätstest ergibt, dass jeder Indikator sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Bauhauptgewerbe (hier mit Ausnahme der ifo Geschäftserwartungen) zusätzlichen Erklärungsgehalt zur zukünftigen Umsatzentwicklung liefert. Die regionalisierte Auswertung des ifo Konjunkturtests für Ostdeutschland und Sachsen erfüllt damit zuverlässig ihre Aufgabe, die Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in der kurzen Frist durch Bereitstellung geeigneter Indikatoren zu verringern.

## Literatur

ABBERGER K. (2006): Qualitative Business Surveys in Manufacturing and Industrial Production – What can be Learned from Industry Branch Results? Ifo Working Paper No. 131.

ABBERGER K. (2008): Das ifo Beschäftigungsbarometer: Ein Druckmesser für den deutschen Arbeitsmarkt, in: ifo Schnelldienst 09/2008; S. 19–22.

ABBERGER, K. und W. NIERHAUS (2008): Markov-Switching und ifo Geschäftsklima, in: ifo Schnelldienst 10/2008; S. 25–30.

ABBERGER, K. und W. NIERHAUS (2010): Markov Switching and the Ifo Business Climate: the Ifo Business Cycle Traffic Lights, in: OECD Journal – Journal of Business Cycle Measurement and Analysis, 7 (2); S. 1–13.

BILLHARZ, A.; ELSTNER, S. und M. JÜPPNER (2012): Methoden der ifo Kurzfristprognose am Beispiel der Ausrüstungsinvestitionen, in: ifo Schnelldienst 21/2012; S. 24–33.

CARSTENSEN, K.; HENZEL, S.; MAYR, J. und K. WOHLRABE (2009): IFOCAST: Methoden der ifo-Kurzfristprognose, in: ifo Schnelldienst 23/2009; S. 15–28.

ELSTNER, S.; GRIMME, C. und U. HASKAMP (2013): Das ifo Exportklima – ein Frühindikator für die deutsche Exportprognose, in: ifo Schnelldienst 04/2013; S. 36–43.

HAMILTON, J. D. (1994): Time Series Analysis, Princeton University Press, Princeton.

HENZEL, S. R. und S. RAST (2013): Prognoseeigenschaften von Indikatoren zur Vorhersage des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, in: ifo Schnelldienst 17/2013; S. 39–46.

LEHMANN, R. (2010): Der ostdeutsche Arbeitsmarkt: Kann das ifo Beschäftigungsbarometer dessen konjunkturelle Dynamik abbilden? in: ifo Dresden berichtet 06/2010; S. 27–32.

- LEHMANN, R.; SPEICH, W.-D.; STRAUBE, R. und G. VOGT (2010): Funktioniert der ifo Konjunkturtest auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten? Eine Analyse der Zusammenhänge zwischen ifo Geschäftsklima und amtlichen Konjunkturdaten für Sachsen, in: ifo Dresden berichtet 03/2010; S. 8–14.
- LEHMANN, R. und K. WOHLRABE (2014a): Forecasting GDP at the Regional Level with Many Predictors. In: German Economic Review, im Erscheinen, doi: 10.1111/geer.12042.
- LEHMANN, R. und K. WOHLRABE (2014b): Forecasting gross value-added at the regional level: Are sectoral disaggregated predictions superior to direct ones? in: Jahrbuch für Regionalwissenschaft, 34 (1); S. 61–90.
- NIERHAUS, W. und J.-E. STURM (2003): Methoden der Konjunkturprognose, in: ifo Schnelldienst 04/2003; S. 7–23.
- SCHARSCHMIDT, A. und K. WOHLRABE (2011): Sektorale Prognosen im Verarbeitenden Gewerbe, in: ifo Schnelldienst 22/2011; S. 27–35.
- SEILER, C. und K. WOHLRABE (2013): Das ifo Geschäftsklima und die deutsche Konjunktur, in: ifo Schnelldienst 18/2013; S. 17–21.
- VOGT, G. (2008): Ein Beschäftigungsbarometer für die sächsische Wirtschaft, in: ifo Dresden berichtet Heft 1/2008; S. 41–43.
- WOHLRABE K. (2012): Prognose des Dienstleistungssektors in Deutschland, in: ifo Schnelldienst 01/2012; S. 31–39.

<sup>1</sup> Unter gewerblicher Wirtschaft sind die Bereiche Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel zusammengefasst.

<sup>2</sup> Detaillierte Informationen zur Regionalauswertung finden sich unter: [http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/research/Projects/Archive/Projects\\_KB/On-going/rest\\_5688622.html](http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/research/Projects/Archive/Projects_KB/On-going/rest_5688622.html).

<sup>3</sup> An dieser Stelle bedankt sich das Konjunkturteam der Niederlassung Dresden des ifo-INSTITUTS bei den Mitarbeitern des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN für deren regelmäßige Bereitstellung aktueller Konjunkturdaten.

# Auf die Länder kommt es an! Berechnung eines Vorschlages zur Übernahme kommunaler Sozialausgaben durch den Bund von EICHEL et al. (2013)

Alexander Eck, Joachim Ragnitz, Felix Rösel, Johannes Steinbrecher und Christian Thater\*

Für die föderalen Finanzbeziehungen in Deutschland stellt der 31. Dezember 2019 ein einschneidendes Datum dar. Mit diesem Tag laufen unter anderem die aktuellen Regelungen des Finanzausgleichsgesetzes und des Solidarpakts II aus. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen neue Regelungen gefunden werden, wie zukünftig die Mittel zwischen Bund und Ländern einerseits und unter den Ländern andererseits verteilt werden sollen. Aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessenlagen, die bei einer Neugestaltung berücksichtigt werden müssen, gibt es die verschiedensten Gestaltungsvorschläge [vgl. z. B. KITTERER und PLACHTA (2008), FELD et al. (2013)]. Dabei sollte eine Reform grundsätzlich auch die finanzielle Lage der Kommunen berücksichtigen.

## Vorschlag von EICHEL et al. (2013): Stärkere Berücksichtigung der Soziallasten

Hans Eichel, Philipp Fink und Heinrich Tiemann haben für die FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES) einen Vorschlag zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vorgelegt, der die kommunale Finanzlage stärker berücksichtigen soll [EICHEL et al. (2013)]. Der Vorschlag hat den Abbau regionaler Disparitäten zum Ziel und umfasst drei Säulen: (1) eine finanzielle Entlastung der Kommunen durch die Übernahme bestimmter kommunaler Sozialausgaben durch den Bund; (2) eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen, um die Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge sicherzustellen; (3) die Initiierung eines Wettbewerbs unter den Ländern, um Lösungen für dringende gesellschaftliche Herausforderungen zu finden. Das IFO INSTITUT, Niederlassung Dresden, hat im Auftrag der FES eine Studie zu den fiskalischen Wirkungen von Säule (1) erarbeitet [ECK et al. (2014a, b)], welche im vorliegenden Beitrag zusammengefasst wird. Untersucht wurde, ob Gemeinden abhängig von ihrer Haushaltslage durch die Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund besser gestellt werden können, also Gemeinden in Haushaltsnotlagen stärker profitieren. Dabei wurde die geltende Rechtslage des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems als Grundlage herangezogen. Im Ergebnis kann gezeigt werden,

dass eine Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund tatsächlich regionale Disparitäten vermindern kann. Von entscheidender Bedeutung hierbei ist jedoch die Rolle der Länder, die über die Anpassung der kommunalen Finanzausgleichssysteme sicherstellen müssen, dass die Mittel tatsächlich im Sinne der Ziele des Vorschlags an die Kommunen verteilt werden.

## Verteilung der Soziallasten regional heterogen

Eine wichtige Determinante der Finanzlage der Kommunen in Deutschland sind die Sozialausgaben. Wesentliche Ausgabepositionen sind dabei die Kosten der Unterkunft (KdU) nach SGB II und die Sozialhilfeausgaben nach SGB XII. Diese werden in den meisten Ländern von der Kreis- oder Bezirks- bzw. in Einzelfällen von der Landesebene getragen; die kreisangehörigen Gemeinden sind z. B. über Kreisumlagen an der Finanzierung beteiligt.

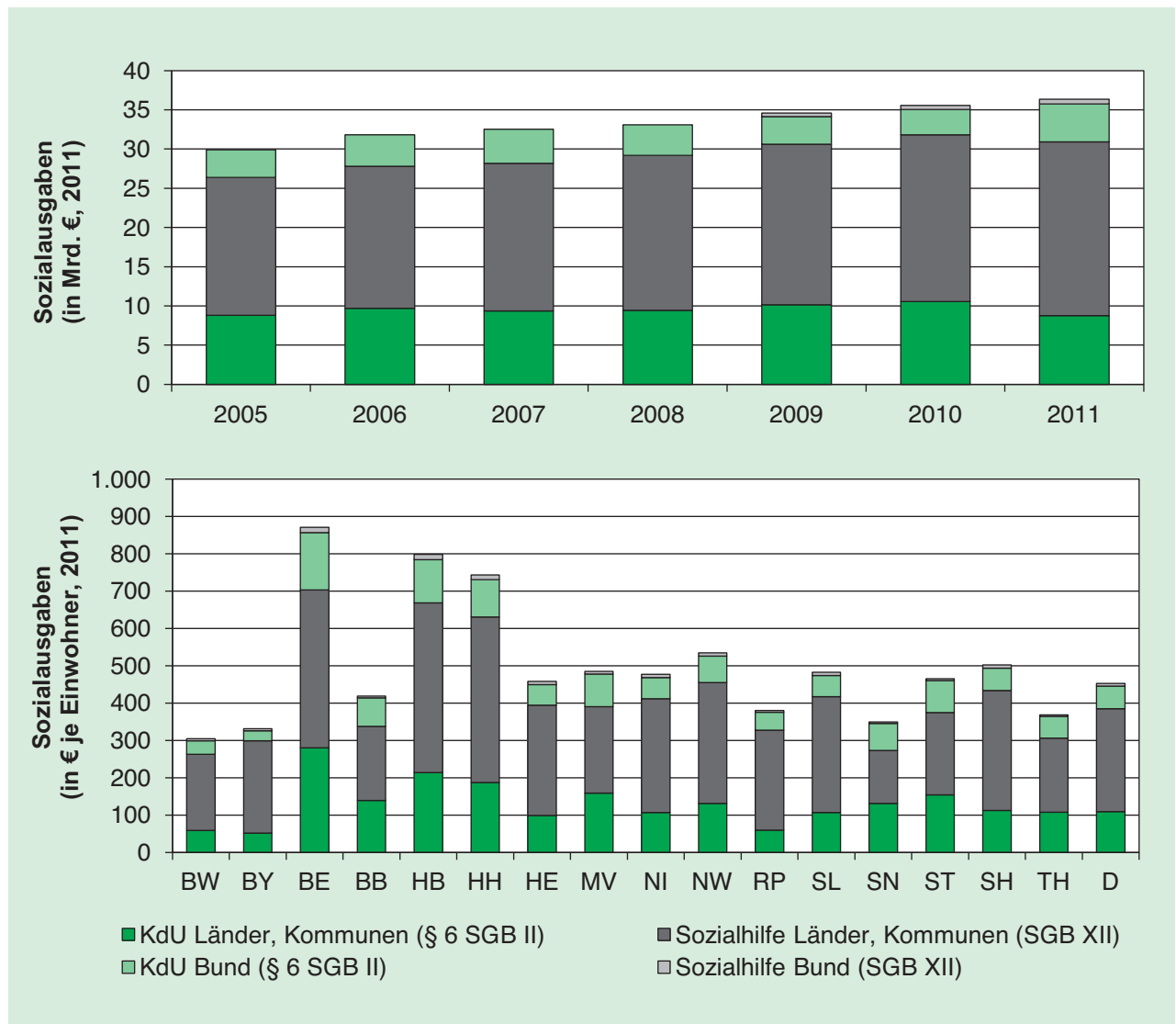
Die Höhe (und der Zuwachs) der Sozialausgaben und somit die Belastung der kommunalen Haushalte unterscheiden sich regional deutlich. Das Entlastungskonzept des Vorschlags von EICHEL et al. (2013) in Säule (1) will dem entgegenwirken und sieht die Übernahme bestimmter Sozialausgaben nach SGB II und SGB XII durch den Bund vor. Es werden zwei Varianten vorgeschlagen, die sich hinsichtlich des Umfangs der übernommenen Sozialausgaben unterscheiden. Im „Minimalkonzept“ übernimmt der Bund die kommunalen Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel, SGB XII) sowie für die Kosten der Unterkunft (§ 6 SGB II). Im „Maximalkonzept“ übernimmt der Bund zusätzlich auch die kommunalen Ausgaben für die Hilfen zum Lebensunterhalt (3. Kapitel, SGB XII), die Hilfe zur Gesundheit (5. Kapitel, SGB XII), die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel, SGB XII), die Hilfe zur Pflege (7. Kapi-

\* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer; Alexander Eck, Felix Rösel und Johannes Steinbrecher sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. Christian Thater war bis 2013 Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts.

tel, SGB XII) sowie die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in sonstigen Lebenslagen (8. und 9. Kapitel, SGB XII). Im oberen Diagramm in Abbildung 1 ist die Entwicklung der Ausgaben (Definition des Maximalkonzepts) für die jeweiligen Gebietskörperschaftsgruppen im Zeitverlauf zwischen 2005 und 2011 dargestellt. Den überwiegenden Teil der Ausgaben für die Leistungen nach SGB II und XII im Maximalkonzept tragen derzeit Länder und Kommunen. Die Ausgaben des Bundes für die betreffenden Leistungen beliefen sich im Jahr 2011 auf rund 5,5 Mrd. € und damit ca. 15 % der entsprechenden Gesamtausgaben aller Gebietskörperschaften. Kommunen und Länder trugen im Jahr 2011 rd. 85 % oder 30,9 Mrd. € der Gesamtausgaben.

Das untere Diagramm in Abbildung 1 zeigt die regionalen Unterschiede bei den Sozialausgaben je Einwohner für das Jahr 2011. Vor allem die Stadtstaaten weisen deutlich überdurchschnittliche Pro-Kopf-Sozialausgaben auf. Auch in den Flächenländern ist die Belastung heterogen. Während zum Beispiel Land und Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg weniger als 300 € je Einwohner aufwenden müssen, wurden in Nordrhein-Westfalen (NRW) über 450 € je Einwohner gezahlt. Wesentliche Ursache hierfür sind Unterschiede in der Zahl der Leistungsempfänger. Die Sozialausgaben des Maximalkonzepts betragen im Jahr 2011 rd. 30,9 Mrd. €, die des Minimalkonzepts rd. 12,6 Mrd. €. Die regional ungleiche Belastung durch Sozialausgaben zeigt sich analog auch im Minimalkonzept (vgl. Tab. 1).

**Abbildung 1: Sozialausgaben der Gebietskörperschaftsgruppen insgesamt im Zeitverlauf (2005–2011) und nach Ländern (2011)**



Quellen: Statistisches Bundesamt (2013), Bundesagentur für Arbeit (2013), Darstellung des ifo Instituts.

**Tabelle 1: Sozialausgaben im Minimal- und Maximalkonzept im Jahr 2011 (Ausgabenanteil von Kommunen und Ländern)**

	Sozialausgaben (Minimalkonzept)		Sozialausgaben (Maximalkonzept)	
	Mill. €	€ je Einwohner	Mill. €	€ je Einwohner
Baden-Württemberg	982	93	2.761	263
Bayern	1.100	88	3.719	299
Brandenburg	420	171	828	338
Hessen	931	155	2.365	395
Mecklenburg-Vorpommern	320	199	628	391
Niedersachsen	1.238	159	3.201	412
Nordrhein-Westfalen	3.317	189	7.981	455
Rheinland-Pfalz	398	100	1.305	327
Saarland	162	162	416	417
Sachsen	628	155	1.108	273
Sachsen-Anhalt	424	186	853	375
Schleswig-Holstein	470	168	1.215	433
Thüringen	283	130	667	306
Berlin	1.229	370	2.339	703
Hansestadt Bremen	198	304	436	668
Hansestadt Hamburg	479	279	1.084	631
<b>Länder</b>	<b>12.580</b>	<b>157</b>	<b>30.906</b>	<b>385</b>

Quellen: Statistisches Bundesamt (2013); Bundesagentur für Arbeit (2013) sowie Haushaltsansätze bzw. Haushaltsrechnungen des Bundes und der Länder (Ist-Werte), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

### Drei mögliche Finanzierungsszenarien

Um die Kommunen von den Sozialausgaben zu entlasten, müssen entweder neue Mittel vom Bund bereitgestellt oder vorhandene Mittel zwischen den Ländern (und Kommunen) umverteilt werden. Da EICHEL et al. (2013) hierzu keine näheren Vorgaben machen, wurden zur Finanzierung der Kosten für eine Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund drei Finanzierungsvarianten untersucht, die sich hinsichtlich der Herkunft der Mittel unterscheiden.

Im Szenario 1 erfolgt die Finanzierung vollständig aus Bundesmitteln. Diese müssten z. B. über Einnahmeerhöhungen oder Einsparungen im Haushalt gegenfinanziert werden. Für Einnahmeerhöhungen stehen dem Bund verschiedene Abgaben zur Verfügung. So könnte nach einer

Schätzung von BARDT et al. (2012) die Erhöhung des Normal-Umsatzsteuersatzes um einen Prozentpunkt ein zusätzliches Aufkommen von 7,4 Mrd. € generieren, die Abschaffung aller Umsatzsteuerermäßigungen (außer Nahrungsmittel) 21,5 Mrd. €. Eine Erhöhung aller Grenzsteuersätze bei der Einkommensteuer um einen Prozentpunkt könnte das Steueraufkommen um etwa 7 Mrd. € erhöhen, die Anhebung des Solidaritätszuschlags<sup>1</sup> um einen Prozentpunkt um etwa 2,3 Mrd. € [BARDT et al. (2012), teilweise eigene Berechnungen]. Szenario 1 würde jedoch eine erhebliche zusätzliche Belastung für den Bund oder den Steuerzahler bedeuten. In Szenario 2 wird ein Verzicht auf Steuererhöhungen oder Haushaltskürzungen beim Bund unterstellt. Der Bund erhält die zur Finanzierung notwendigen Beträge direkt aus der Umsatz-

steuer, womit de facto die Länder durch eine Absenkung ihres Anteils an der Umsatzsteuer die Finanzierung übernehmen würden. Dieses Szenario käme einer reinen Umverteilung zwischen den Ländern gleich. In diesem Szenario müssten daher einige Länder Einbußen im Vergleich zu ihrer jetzigen Finanzmittelausstattung verzeichnen, was eine politische Einigung auf ein solches Finanzierungsszenario erschweren dürfte oder gar unmöglich macht.

Mit Szenario 3 wurde ein drittes Finanzierungskonzept untersucht, welches Elemente beider Varianten vereint. Der Bund stellt Mittel im Umfang von 10 Mrd. € zur Verfügung, der Rest des zur Entlastung benötigten Volumens (Minimalkonzept: 2,6 Mrd. €, Maximalkonzept: 20,9 Mrd. €) wird durch eine Absenkung des Umsatzsteueranteils der Länder bereitgestellt (wie in Szenario 2). Für eine Finanzierung der für Szenario 3 benötigten 10 Mrd. € käme beispielsweise, vorbehaltlich der Zulässigkeit einer „Umwidmung“, der Solidaritätszuschlag in Betracht, dessen Aufkommen im Jahr 2011 rund 12,8 Mrd. € betrug. Es wäre daher mit dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2020 eine teilweise oder vollständige Finanzierung der Entlastung der Kommunen ohne Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen an anderen Stellen denkbar. Eine Finanzierung über den Solidaritätszuschlag ist auch aus methodischen Gründen attraktiv. Da das Aufkommen allein dem Bund zusteht, fallen die Mehreinnahmen genau auf der Ebene an, auf der die erhöhten Finanzierungserfordernisse entstehen. Dies wäre bei alternativen Finanzierungsinstrumenten, wie z.B. einer Erhöhung der Einkommensteuer, nicht notwendigerweise der Fall.

### Auswirkungen auf Regelwerk des Länderfinanzausgleichs gering

Bevor die Auswirkungen der Finanzierung auf die Mittelverteilung zwischen den Ländern untersucht werden können, müssen Anpassungsbedarfe beim Länderfinanzausgleich (LFA) geprüft werden. Mit dem LFA hat der Gesetzgeber ein System zum Ausgleich unterschiedlicher Finanzkraft in den Ländern geschaffen, das zu einer weitgehenden Nivellierung der (im LFA berücksichtigten) Landeseinnahmen je Einwohner führt. In diesem Ausgleichssystem werden Bedarfe, etwa für Sozialausgaben, lediglich pauschal in Form einer Einwohnergewichtung berücksichtigt. Da sich diese Bedarfe bei einer Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund ändern, wäre es denkbar, dass die Einwohnergewichtung im LFA angepasst werden muss.

Die Einwohnergewichtung wurde von ELTGES et al. (2001) überprüft. Dieses Gutachten bildet die Grundlage für die Untersuchung der Auswirkungen des Reformvor-

schlags von EICHEL et al. (2013) auf die Einwohnerwertung. Dazu wurden zwei Berechnungsmethoden verwendet. Zum einen wurden die Berechnungen von ELTGES et al. (2001) auf Basis aktualisierter Bedarfsindikatoren unter Annahme eines Fortbestands des damals ermittelten Zusammenhangs von Bedarfsindikatoren und Ausgaben wiederholt. Zum anderen wurde zusätzlich anhand aktueller Daten der Finanz- und Bevölkerungsstatistik [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2013, 2014)] der grundlegende Zusammenhang zwischen den Bedarfsindikatoren und den Ausgaben neu geschätzt.<sup>2</sup> Um die Auswirkungen des Reformvorschlags zu analysieren, wurden für beide Berechnungsmethoden in einem zweiten Schritt alle Indikatoren im Zusammenhang mit den Sozialausgaben nach SGB II und XII aus der Berechnung entfernt. Die resultierende Differenz aus der Berechnung unter Einbeziehung und unter Ausschluss der Soziallastenindikatoren gibt den Anpassungsbedarf bei der Einwohnerwertung an. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die bestehende erhöhte Einwohnergewichtung für die Stadtstaaten nach Umsetzung des Vorschlags der FES geringfügig zu hoch sein könnte. Dennoch können auch weiterhin deutliche Mehrbedarfe der Stadtstaaten gegenüber den Flächenländern festgestellt werden. Aufgrund von Einschränkungen in der Methodik sowie Einschränkungen in der Datenqualität wird deshalb von einer Anpassung der Einwohnerwertung für die weiteren Berechnungen abgesehen.

### Umverteilungswirkungen auf Länderebene zielgenau

Bereits diskutiert wurde, dass Szenario 1 für den Bund besonders im Maximalkonzept kaum zu stemmen wäre und Szenario 2 unter den Ländern nicht konsensfähig sein dürfte.<sup>3</sup> In Szenario 3 beteiligt sich der Bund an der Finanzierung mit 10 Mrd. €. Für die Länder ergeben sich hierdurch gegenläufige Effekte: Sie verzeichnen auf konsolidierter Ebene Zugewinne durch die Übernahme der Sozialausgaben, verlieren allerdings aufgrund der Absenkung ihres Umsatzsteueranteils. Es ist daher zunächst unklar, wie die Umverteilungswirkungen in den einzelnen Ländern ausfallen. Die Höhe der Bundesbeteiligung wurde in Szenario 3 jedoch so gewählt, dass alle Länder auf konsolidierter Ebene auch im Maximalkonzept Zugewinne verzeichnen können. Dieses Szenario wäre somit unter den Ländern vermutlich konsensfähig (im Gegensatz zu Szenario 2) und würde die Belastung des Bundes begrenzen (im Gegensatz zu Szenario 1). Ein genauer Blick auf die Verteilungswirkungen zeigt, dass in Szenario 3 insbesondere die Stadtstaaten sowie Nordrhein-Westfalen und das Saarland profitieren, welche von hohen Soziallasten und einer prekären (kommunalen) Finanzlage

betroffen sind. Die vom FES-Vorschlag intendierten Ziele könnten damit auf Länderebene prinzipiell erreicht werden. Es kommt zu einer diesbezüglich geeigneten Umverteilung der Mittel im LFA auf Länder mit besonders schwieriger kommunaler Finanzlage.

### **Konsequenz der Entlastung: Reduzierung des kommunalen Finanzausgleichs**

Auch wenn, wie in Szenario 3, alle Bundesländer auf konsolidierter Ebene von einer Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund profitieren, ist damit noch nicht gewährleistet, dass die Mittel zielgenau bei Kommunen mit prekärer Haushaltslage „ankommen“. Zwar profitieren die Kommunen direkt durch verringerte Sozialausgaben. Allerdings müssen die Länder, die im Länderfinanzausgleich insgesamt und insbesondere bei der angepassten Umsatzsteuerverteilung teils erhebliche Einbußen hinnehmen müssten, eine Gegenfinanzierung vornehmen. Im Gutachten wurde unterstellt, dass diese Gegenfinanzierung in Form reduzierter Zuweisungen an die kommunale Ebene im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erfolgt. Was den Kommunen also bei den Sozialausgaben an Entlastung bereitgestellt wird, wird im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zumindest teilweise wieder abgeschöpft. Am Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen wurden für die verschiedenen Finanzierungsszenarien unterschiedliche Varianten der Mittelaufteilung im kommunalen Finanzausgleich untersucht.

### **Bestimmung der Zuweisungen für die Kommunen komplex**

Im Jahr 2011 beteiligte das Land Nordrhein-Westfalen die Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) mit 23 % an den Steuereinnahmen des Landes, einschließlich (erhaltener) Zahlungen im LFA (KFA: 7,9 Mrd. €). Dieser Betrag wird aufgeteilt in allgemeine Deckungsmittel, die sogenannten Schlüsselzuweisungen (6,7 Mrd. €) sowie Schul-, Sport- und Investitionspauschalen (600 Mill. €, 50 Mill. €, 521 Mill. €). Von den Schlüsselzuweisungen werden 5,3 Mrd. € für Gemeinden (im Folgenden verstanden als Summe von kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten), 0,8 Mrd. € für Kreise sowie 0,7 Mrd. € für die beiden Landschaftsverbände bereitgestellt. Die Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden werden verteilt, indem die Steuerkraft der Gemeinden mit einer Bedarfsmesszahl verglichen wird, welche die kommunalen Bedarfe in pauschalisierter Form abbildet. Die Bedarfsmesszahl (Gesamtansatz x Grund-

betrag) beinhaltet Indikatoren zur Größe der Gemeinde (Hauptansatz mit Einwohnergewichtung), zur Schülerzahl in der Gemeinde (Schüleransatz), zur Zentralitätsfunktion (Zentralitätsansatz; abgebildet über die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter) und zu den Soziallasten (Soziallastenansatz; abgebildet über die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II).<sup>4</sup>

Die Schlüsselzuweisungen für die Kreise und Landschaftsverbände bestimmen sich ähnlich. Da die Kreise und Landschaftsverbände keine eigenen Steuereinnahmen zur Verfügung haben, erheben sie zur Deckung ihrer Bedarfe zusätzlich eine Umlage von den angehörigen Gemeinden bzw. Kreisen und kreisfreien Städten. Diese wird als Prozentsatz auf die Umlagegrundlagen erhoben und übersteigt die Schlüsselzuweisungen in ihrem Umfang in der Regel deutlich.

Die Sozialausgaben in Nordrhein-Westfalen werden von den Kreisen und kreisfreien Städten sowie in Teilen von den Landschaftsverbänden getragen. Bei einer Übernahme der Sozialausgaben ergeben sich folglich unter der Annahme unveränderter Finanzierungssalden für Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände die in Tabelle 2 dargestellten komplexen und verschränkten Effekte, auch wenn der Umfang des KFA ansonsten unverändert bliebe. Sämtliche Effekte wurden in der vorgenommenen Simulation vollständig berücksichtigt.

### **Soziallastenansatz: Beibehalten oder abschaffen?**

Im kommunalen Finanzausgleich Nordrhein-Westfalens werden die Soziallasten bei der Zuteilung der Mittel durch einen Soziallastenansatz gegenwärtig berücksichtigt. Unklar ist, ob der Soziallastenansatz bei einer Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund auch im veränderten System in modifizierter Form erhalten bleiben kann. Eine Umgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs ist vom politischen Willen des Landesgesetzgebers abhängig. Im Minimalkonzept könnten durchaus Argumente für eine Beibehaltung des Soziallastenansatzes gefunden werden. Die Erstattung beträgt mit bundesweit 12,6 Mrd. € nur gut 40 % der gesamten kommunalen Sozialausgaben nach SGB II und XII. Argumentiert man zudem, dass mit dem Soziallastenansatz nicht nur Bedarfe in Form von Ausgaben für soziale Transfers (wie durch das Minimal- und das Maximalkonzept erfasst) abgebildet werden, sondern strukturelle Eigenheiten einer Region, wäre gar eine Beibehaltung des Soziallastenansatzes in der jetzigen Form zu rechtfertigen.

Im Maximalkonzept hingegen stellt sich die Frage, ob mit dem Soziallastenansatz tatsächlich noch sachgerecht Bedarfe abgebildet werden. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass der Soziallastenansatz

**Tabelle 2: Effekte im Kommunalen Finanzausgleich in Nordrhein-Westfalen bei einer Entlastung durch Sozialausgaben**

Landschaftsverbände	Kreise	Gemeinden
a) Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen;	a) Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen;	a) Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen;
b) Veränderungen bei ihren Investitionspauschalen;	b) Veränderungen bei ihren Investitionspauschalen;	b) Veränderungen bei ihren Investitionspauschalen; die Schul- und Sportpauschale verändert sich nicht.
c) Veränderungen bei der Landschaftsumlage, die sie von den verbandsangehörigen Kreisen und kreisfreien Städten erheben;	c) Veränderungen bei der Landschaftsumlage;	Zusätzlich für die kreisangehörigen Gemeinden:
d) Entfall der Sozialausgaben.	d) Veränderungen bei der Kreisumlage, die sie von den kreisangehörigen Gemeinden erheben;	c) Veränderungen bei der Kreisumlage.
	e) Entfall der Sozialausgaben.	Zusätzlich für die kreisfreien Städte:
		d) Veränderungen bei der Landschaftsumlage; Entfall der Sozialausgaben.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

im Jahr 2012 in Nordrhein-Westfalen nochmals deutlich erhöht wurde. Ein vergleichsweise niedriger Ansatz wie im Jahr 2011, der den Berechnungen in diesem Gutachten zu Grunde liegt, wäre demnach gegebenenfalls auch nach einer Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund im Maximalkonzept vertretbar, auch wenn dies im Detail geprüft werden müsste. Eine Beibehaltung des Soziallastenansatzes in der jetzigen Form ohne Neukalibrierung erscheint im Maximalkonzept dennoch nicht wahrscheinlich, da kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden asymmetrisch entlastet würden. Kreise und Landschaftsverbände finanzieren die Sozialausgaben im kreisangehörigen Raum überwiegend durch Kreisumlagen bzw. Landschaftsumlagen, welche als fester Prozentsatz (Umlagesatz) auf Steuern und Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden bzw. der landschaftsverbandsangehörigen Kreise erhoben werden. Während die kreisfreien Städte also entsprechend ihrer Sozialausgaben entlastet würden (Gemeinden mit hohen Sozialausgaben profitieren am stärksten), profitieren die kreisangehörigen Gemeinden über die reduzierte Kreisumlage entsprechend ihrer Finanzkraft (finanzstarke Gemeinden profitieren am stärksten).

### Zielgerichtete Entlastung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen möglich

Für die Untersuchung der Verteilungswirkungen auf kommunaler Ebene wurden die Gemeinden Nordrhein-Westfalens<sup>5</sup> in fünf Gruppen unterteilt. Die Einteilung basiert auf der Klassifizierung des MINISTERIUMS FÜR INNERES UND KOMMUNALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN zur Beurteilung der Haushaltslage auf Basis der Gemeindeordnung (GO). Es ergeben sich fünf Haushaltsstatus: (1) echt ausgeglichener Haushalt (§ 75 Abs. 2 S. 2 GO NRW); (2) fiktiv ausgeglichener Haushalt, d.h. der Haushalt kann durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden (§ 75 Abs. 2 S.3 GO NRW); (3) genehmigte Verringerung der allgemeinen Rücklage ohne Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen (§75 Abs.4 GO NRW); (4) zur Aufstellung eines HSK verpflichtet, HSK genehmigt (§ 76 Abs. 2 S. 3); (5) zur Aufstellung eines HSK verpflichtet, HSK nicht genehmigt.<sup>6</sup> Für die drei Finanzierungsszenarien wurden jeweils Szenarien entwickelt, die eine unterschiedliche Aufteilung der Zugewinne nach LFA modellieren. In Szenario 3 verzeichnen Land und Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Maximalkonzept Zugewinne von rd. 3,5 Mrd. €. Diese ergeben sich aus den Einbußen

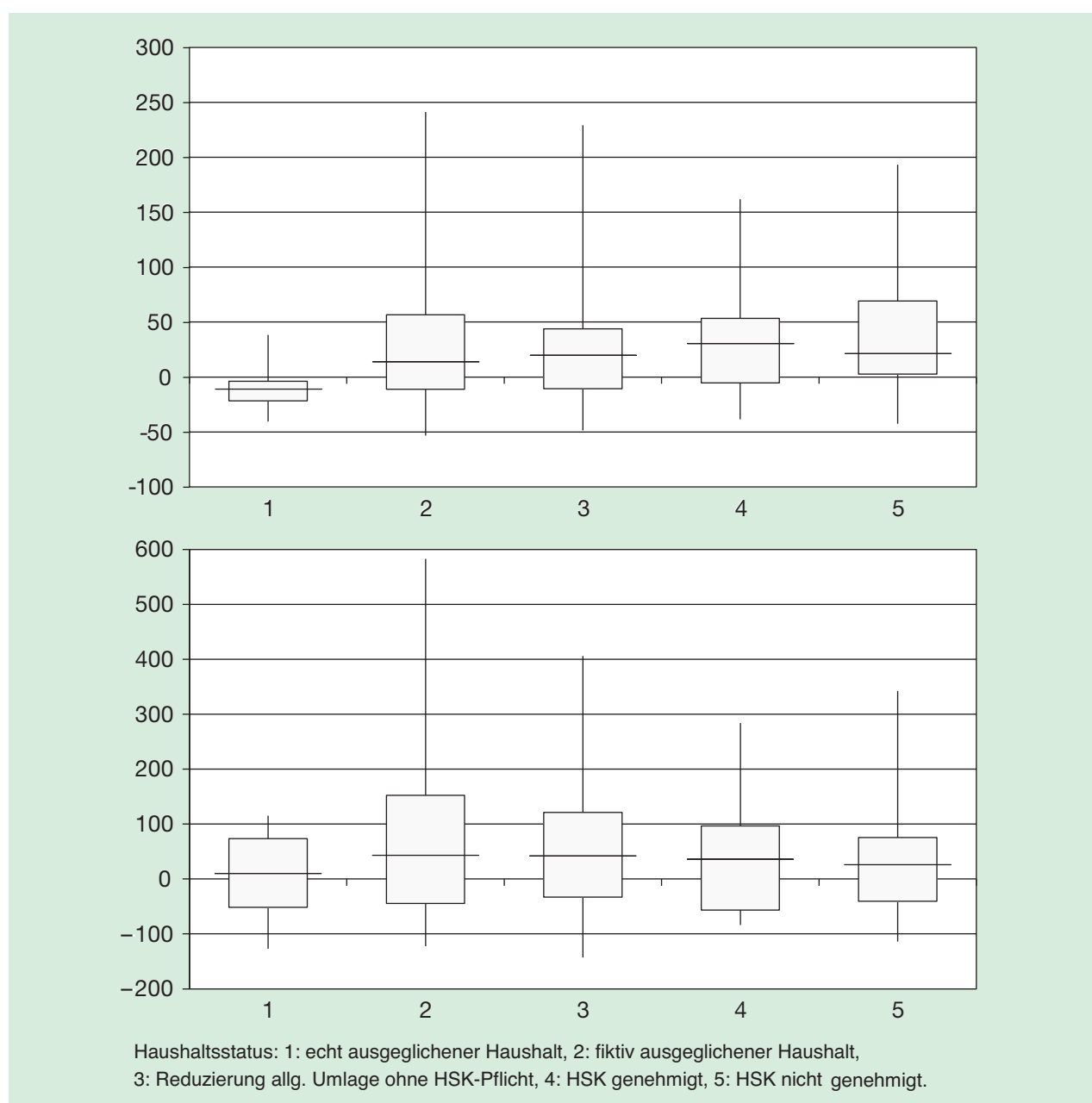


des Landes im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung (rd. -4,5 Mrd. €), Entlastungen in den Kommunen durch die Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund (rd. +8 Mrd. €) sowie geringen Veränderungen bei den Zuweisungen im Länderfinanzausgleich i. e. S. und Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (rd. +100 Mill. €). Plausible Verteilungsszenarien enthalten eine Aufteilung des Zugewinns in der Art, dass beide Ebenen, Land und Kommunen, zumindest keine Verluste durch die Umverteilung erfahren.

Da die Effekte der Umverteilung für die einzelnen Gebietskörperschaften sehr vielfältig sind, können die Er-

gebnisse nur zusammengefasst dargestellt werden. Die Entlastungswirkungen je Einwohner in den einzelnen Gebietskörperschaften werden für das Minimal- und das Maximalkonzept für die fünf eingeführten Haushaltsstatus als Häufigkeitsverteilung in Form eines Boxplots dargestellt. Abbildung 2 stellt die Pro-Kopf-Entlastungen für ein Szenario mit Beibehaltung des Soziallastenansatzes und *hälftiger* Aufteilung der Zugewinne auf Land und Kommunen dar. Die Box gibt an, welche Entlastung die mittleren 50% der Kommunen einer Gruppe erhalten, der Querstrich gibt den Median an. Die senkrechten Linien geben den

**Abbildung 2: Verteilung der Pro-Kopf-Entlastungen im Minimalkonzept (oben) und Maximalkonzept (unten) nach Haushaltsstatus gemäß § 75 GO NRW (in € je Einwohner)**



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Bereich an, in dem die Entlastung der obersten/untersten 25 % der Kommunen eines Haushaltsstatus liegt.

Generell sollten Kommunen mit problematischer Haushaltssituation stärker entlastet werden, damit die Ziele des Vorschlags effizient erreicht werden. Dieses angestrebte Verteilungsziel würde sich in der Abbildung so darstellen, dass die Lage der Boxen von links nach rechts ansteigend ist. Tatsächlich zeigt sich, dass bei Erhalt des Soziallastenansatzes im kommunalen Finanzausgleich Nordrhein-Westfalens und hälftiger Verteilung der Zugewinne auf Land und Kommunen im Minimal-konzept das gewünschte Verteilungsziel zumindest näherungsweise erreicht werden kann (vgl. Abb. 2, oben). Im Maximalkonzept wird das gewünschte Verteilungsergebnis allerdings verfehlt.

Entfällt der Soziallastenansatz im kommunalen Finanzausgleich Nordrhein-Westfalens hingegen, kann in allen untersuchten Szenarien das angestrebte Verteilungsergebnis nicht mehr erreicht werden. Erstens kommt es durch den Entfall des Soziallastenansatzes im kommunalen Finanzausgleich zunächst zu einer Umverteilung zu Ungunsten von Kommunen mit hohen Bedarfen aus Soziallasten. Zweitens trägt auch die Ausgestaltung der kommunalen Umlagen (Kreisumlage, Landschaftsumlage) dazu bei, dass nicht zwingend finanzschwache Kommunen von der Reform profitieren: Werden die Sozialausgaben vom Bund übernommen, kann die Kreis- bzw. Landschaftsumlage reduziert werden (d. h. der Umlagesatz sinkt). Daraus folgt aber gerade, dass Gemeinden mit höheren Einnahmen stärker profitieren als Gemeinden mit niedrigeren Steuereinnahmen.

## Fazit

EICHEL et al. (2013) haben einen Vorschlag zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vorgelegt, der u. a. die Übernahme bestimmter kommunaler Sozialausgaben durch den Bund vorsieht. Das IFO INSTITUT hat gezeigt, dass das Ziel eines Abbaus regionaler Disparitäten durch diese Maßnahme erreicht werden kann, wenn verschiedene Voraussetzungen erfüllt sind: (1) die Länder müssen an der Finanzierung beteiligt werden, (2) die Umverteilung zwischen den Ländern muss konsensfähig sein und (3) die Mittel müssen zielgerecht auf die Kommunen verteilt werden. Die ersten beiden Voraussetzungen können mit einem Finanzierungskonzept erfüllt werden, welches den Bund mit 10 Mrd. € beteiligt. Den restlichen Finanzierungsanteil tragen die Länder durch eine Reduzierung ihres Anteils an der Umsatzsteuer. Die Konsensfähigkeit ist gesichert, da alle Länder Zugewinne erzielen, wenn die Finanzierungs-lasten mit der Erstattung der Sozialausgaben verrechnet werden. Besonders profitieren Länder mit schwieriger

kommunaler Finanzlage. Die Erfüllung der dritten Voraussetzung ist maßgeblich vom politischen Gestaltungswillen der Länder abhängig. Es ist daher für eine Umsetzung des Vorschlags ein Mitwirken der Länder notwendig, um die Mittel im Sinne der intendierten Ziele des Vorschlags an die Kommunen zu verteilen.

## Literaturverzeichnis

- BARDT, H., BRÜGELMANN, R., NIEHUES, J. und T. SCHÄFER (2012): Alternative Möglichkeiten der steuerlichen Finanzierung der EEG-Kosten. Aufkommens- und Verteilungseffekte. Kurzgutachten, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Köln.
- ECK, A., RAGNITZ, J., RÖSEL, F., STEINBRECHER, J. und C. THATER (2014a): Studie zur Berechnung des Vorschlags zur Neuordnung des Finanzausgleichs von EICHEL, FINK und TIEMANN (2013), ifo Dresden Studien 73, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.
- ECK, A., RAGNITZ, J., RÖSEL, F., STEINBRECHER, J. und C. THATER (2014b): Wer bestellt, bezahlt! Für eine Reform des Finanzausgleichs zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland: Berechnung des Vorschlags zur Neuordnung des Finanzausgleichs von EICHEL, FINK und TIEMANN (2013), WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- EICHEL, H., FINK, P. und H. TIEMANN (2013): Vorschlag zur Neuordnung des Finanzausgleichs; WISO direkt, Juni 2013, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- ELTGES, M., ZARTH, M., JAKUBOWSKI, P. und E. BERGMANN (2001): Abstrakte Mehrbedarfe im Länderfinanzausgleich, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn.
- FELD, L., KUBE, H. und J. SCHNELLENBACH (2013): Optionen für eine Reform des bundesdeutschen Finanzausgleichs, Gutachten im Auftrag der FDP/Landtagsfraktionen der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, Mai 2013.
- KITTERER, W. und R. PLACHTA (2008): Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs als Kernelement einer Modernisierung des deutschen Föderalismus, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2008.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2013): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten), Fachserie 1, Reihe 1.3, erschienen am 15. Mai 2013, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014): Finanzen und Steuern, Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte, Fachserie 14, Reihe 3.1, erschienen am 29. Januar 2014, Wiesbaden.

- <sup>1</sup> Der Solidaritätszuschlag ist eine Ergänzungsabgabe i. S. v. Art. 106 Abs. 1 Nr. 6 GG. Der Solidaritätszuschlag in seiner heutigen Form wurde im Jahr 1991 zunächst befristet auf ein Jahr zur „Finanzierung zusätzlicher Aufgaben in den neuen Bundesländern, in Südost- und Osteuropa sowie im Mittleren Osten eingeführt“ [Gesetz zur Einführung eines befristeten Solidaritätszuschlags und zur Änderung von Verbrauchsteuer- und anderen Gesetzen (Solidaritätsgesetz), Solidaritätszuschlagsgesetz]. Er fließt dem Bundeshaushalt zu. Damit unterscheidet er sich von Einkommen- und Körperschaftsteuer, die Bund und Ländern zufließen. Der Solidaritätszuschlag wurde im Jahr 1995 neben anderen Maßnahmen „zur Bewältigung der finanziellen Erblasten im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands, zur langfristigen Sicherung des Aufbaus in den neuen Ländern, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte“ unbefristet wieder eingeführt (Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms). Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit einer zeitlichen Befristung für den Solidaritätszuschlag als Ergänzungsabgabe vom Bundesverfassungsgericht verneint, da eine solche mit „den Grundsätzen einer modernen Finanzplanung sowie Haushalts- und Konjunkturpolitik nicht vereinbar“ sei (BVerfGE 32, 333 [342], BVerfG, 2 BvL 3/10). Zudem könne sich „aus der Verteilung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern auch für längere Zeit ein Mehrbedarf des Bundes ergeben“ (BVerfGE 32, 333 [341]).
- <sup>2</sup> Die Daten der Finanzstatistik, die für eine Neuschätzung des grundlegenden Zusammenhangs von Indikatoren und Ausgaben verwendet wurden, sind jedoch mit den Daten von ELTGES et al. (2001) nur eingeschränkt vergleichbar. Eine Aufbereitung der Daten wie in ELTGES et al. (2001) war im Zeitrahmen dieses Gutachtens aufgrund des erheblichen Aufbereitungsaufwandes für das STATISTISCHE BUNDESAMT nicht darzustellen.
- <sup>3</sup> Die Umverteilungsergebnisse zwischen den Ländern, die sich in den Szenarien 1 und 2 ergeben, finden sich in Eck et al. (2014a, b).
- <sup>4</sup> Die Berechnung der Schlüsselzuweisungen wird im Gutachten am Beispiel der Stadt Düsseldorf zum besseren Verständnis der Methodik veranschaulicht [Eck et al. (2014a, b)].
- <sup>5</sup> In Eck et al. (2014a, b) wurde der kommunale Finanzausgleich Bayerns auf vergleichbare Regelungen hin geprüft. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich die Verteilungswirkungen für Nordrhein-Westfalen auf Bayern übertragen lassen.
- <sup>6</sup> Die Ergebnisse, die auf Grundlage dieser Klassifikation berechnet wurden, sind bezüglich einer anderen Gruppierung, anhand der Gesamtverschuldung (je Einwohner) oder anhand struktureller Nachteile (z. B. gemessen durch einen hohen Anteil von Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung), robust.

## Internationale Vergleiche beim Mindestlohn

Andreas Knabe, Ronnie Schöb und Marcel Thum\*

„In England hat man 1999 auf einen Schlag einen Mindestlohn eingeführt, und es sind überhaupt keine Arbeitsplätze verlorengegangen“, stellte Andrea Nahles schon 2007 anlässlich der Einführung des Mindestlohns für die deutschen Postdienstleistungen fest. Der Vergleich mit den Erfahrungen anderer Länder hat sich bis heute gehalten. Der neue DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann argumentierte neulich (AUGSBURGER ZEITUNG vom 02.07.14) ähnlich: „Der Mindestlohn wird kein Jobkiller sein, das bestätigen seriöse Studien und die Erfahrungen aus unseren europäischen Nachbarländern oder den Vereinigten Staaten.“ Wir wollen hier nicht die internationalen Mindestlohnstudien referieren.<sup>1</sup> Stattdessen konzentrieren wir uns ausschließlich auf die Frage, ob sich aus den viel zitierten Mindestlohnerfahrungen in Großbritannien und in den USA überhaupt Schlussfolgerungen für Deutschland ableiten lassen. Die Antwort lautet: Nein. Selbst wenn die Mindestlöhne in Großbritannien und in den USA zu keinen spürbaren Arbeitsplatzverlusten geführt haben, ist der Rückschluss für Deutschland nur dann zulässig, wenn Arbeitsmarktinstitutionen (Kündigungsschutz, Beschäftigungssubventionen, gewerkschaftlicher Organisationsgrad etc.) hinreichend ähnlich sind und der Mindestlohn in der gleichen Art und Weise in die deutsche Lohnverteilung eingreift wie in den beiden Vergleichsländern.

Der vom Bundestag am 3. Juli 2014 beschlossene Mindestlohn sieht einen bundesweit einheitlichen Mindestlohn von 8,50 € pro Arbeitsstunde ab dem 1. Januar 2015 vor. Durch den Abschluss geeigneter Tarifverträge können die Tarifpartner für ihre Branche vorübergehend, d. h. bis zum 1. Januar 2017, noch niedrigere Stundenlöhne vorsehen, um die Anpassung zu erleichtern. Darüber hinaus gibt es nur für junge Arbeitnehmer unter 18 Jahren, für Praktikanten und einige wenige Sonderfälle Ausnahmeregelungen vom Mindestlohn. Ein Maß dafür, wie stark der Mindestlohn in die Lohnverteilung eingreift, ist die Zahl der Beschäftigten, die vor seiner Einführung weniger als 8,50 € verdienen. Diese Arbeitnehmer sind primär vom Mindestlohn betroffen – entweder indem ihre Entlohnung steigt oder indem ihr Arbeitsplatz wegfällt. Rechnet man für Deutschland die Lohnverteilung aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) von 2012 mit üblichen Lohnsteigerungen für 2015 hoch, werden bei Einführung des Mindestlohns noch rund 5 Mill. Beschäftigte weniger als 8,50 € pro Stunde verdienen.

In Westdeutschland wären 12,5 % der Beschäftigten, im Osten über 20 % betroffen [KNABE, SCHÖB und THUM (2014)].

Wie vergleicht man nun aber Mindestlöhne zwischen den Ländern? Die (bei den Grafikern deutscher Tageszeitungen beliebte) Umrechnung von Mindestlöhnen mit Wechselkursen sagt wegen der in den betroffenen Ländern sehr unterschiedlichen Arbeitsproduktivitäten gar nichts über die Eingriffsintensität eines Mindestlohns aus. Eine weitere Möglichkeit des internationalen Vergleichs besteht darin, die Relation zwischen dem Mindestlohn und einem „mittleren“ Lohn (Median- oder Durchschnittslohn), den sogenannten Kaitz-Index, zu ermitteln. Relativ zum Medianlohn lag der Mindestlohn in den USA im Jahr 2011 bei 38 % und in Großbritannien bei 48 %. In Bezug auf den Durchschnittslohn betrug der Mindestlohn in den USA 28 % und in Großbritannien 38 %. Wir fragen nun, wie hoch der Mindestlohn in Deutschland sein dürfte, wenn wir denselben Kaitz-Index, d. h. dieselbe Relation von Mindestlohn zu „mittlerem“ Lohn, haben wollten wie die USA bzw. Großbritannien. Nach unserer Auswertung des SOEP liegt der Medianstundenlohn, unter Berücksichtigung der Lohnfortschreibung bis 2015, in Deutschland bei 15,00 €, der Durchschnittsstundenlohn bei 16,80 €. Für Westdeutschland erhalten wir Stundenlöhne von 15,60 € (Median) und 17,40 € (Durchschnitt), für Ostdeutschland 12,40 € (Median) und 14,10 € (Durchschnitt). Die Tabelle 1 gibt an, welche Mindestlohnhöhen man erreicht, wenn man die Kaitz-Indizes der USA und Großbritanniens auf die deutsche Lohnverteilung anwendet. Die resultierenden Mindestlohnhöhen liegen zwischen 4,70 € und 7,20 €. In Westdeutschland betrüge der Mindestlohn bei gegebener Beschäftigung höchstens 7,50 €, in Ostdeutschland sogar nur höchstens 6,00 €. Egal welches Maß man verwendet, der aktuelle Mindestlohn von 8,50 € greift deutlich stärker in die Lohnverteilung ein als die Mindestlöhne in den Ländern, die gerne zur Rechtfertigung für die Unschädlichkeit des Mindestlohns herangezogen werden. Der Kaitz-Index hat allerdings den

\* Prof. Andreas Knabe ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Ronnie Schöb ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft an der Freien Universität (FU) Berlin und Forschungsprofessor am ifo Dresden, Prof. Marcel Thum ist Inhaber des Lehrstuhls Volkswirtschaftslehre, insb. Finanzwissenschaft an der Technischen Universität (TU) Dresden und Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

**Tabelle 1: Mindestlohnhöhen bei vergleichbarem Eingriffsintensitäten wie in USA oder Großbritannien**

Vergleichsgröße	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
	(in €)		
Gleicher Kaitz-Index wie in den USA (Median/Durchschnitt)	5,70 / 4,70	5,90 / 4,90	4,70 / 3,90
Gleicher Kaitz-Index wie in Großbritannien (Median/Durchschnitt)	7,20 / 6,40	7,50 / 6,60	6,00 / 5,40
Gleicher Anteil direkt Betroffener bei Einführung des Mindestlohns wie in Großbritannien (5 %)	6,20	6,50	4,60

Quelle: Knabe, Schöb und Thum (2014); detaillierte Quellenangaben siehe dort.

Nachteil, dass die Basis – also der Median- oder Durchschnittslohn – selbst vom Mindestlohn beeinflusst wird. Wenn der Mindestlohn einige Jobs am unteren Ende der Lohnverteilung eliminiert und für einige Jobs Lohn erhöhungen mit sich bringt, steigt dadurch der Durchschnittslohn und der Kaitz-Index sinkt. Je mehr Jobs am unteren Ende der Lohnverteilung wegfallen, umso mehr steigt auch der Medianlohn.

Der Mindestlohn in Großbritannien bietet aber noch eine bessere Vergleichsmöglichkeit. Großbritannien hat erst 1999 einen Mindestlohn eingeführt. Davor gab es – wie bisher in Deutschland – keinen flächendeckenden Mindestlohn. Daher lässt sich die Eingriffsintensität des deutschen und des britischen Mindestlohns gut vergleichen. Der am 1. April 1999 eingeführte britische Mindestlohn betrug 3,60 Pfund. Rund 1,2 Mill. Beschäftigte hatten vor Einführung des Mindestlohns niedrigere Stundenlöhne bezogen [METCALFE (2008)]. Das waren rund 5 % aller abhängig Beschäftigten. Wie oben erwähnt, werden 2015 12,5 % der Beschäftigten im Westen und im Osten über 20 % weniger als 8,50 € verdienen. Die unterschiedlichen Anteile der vom Mindestlohn Betroffenen legen schon nahe, dass vorschnelle Vergleiche nach dem Motto „Mindestlohn = Mindestlohn“ gefährlich sind. Um die unterschiedliche Eingriffsintensität zu illustrieren, haben wir ausgerechnet, wie hoch der Mindestlohn in Deutschland höchstens sein dürfte, um ähnlich vorsichtig vorzugehen wie bei der Einführung des Mindestlohns in Großbritannien. Die letzte Zeile in der Tabelle gibt an, wie hoch der Mindestlohn gesetzt werden dürfte, damit in Deutschland ebenfalls nur 5 % aller Beschäftigten vom Mindestlohn betroffen sind. Statt 8,50 € dürfte der Mindestlohn dann nur 6,20 € betragen. Will man auch in Ostdeutschland die Betroffenheit auf 5 % senken, darf der Mindestlohn wegen des geringeren Lohnniveaus der dort Beschäftigten sogar nur bei 4,60 € liegen.

Unsere Diskussion hat gezeigt, dass der naive Vergleich mit anderen Ländern irreführend ist. Keinesfalls kann man mit dem einfachen Verweis auf die Existenz von Mindestlöhnen in anderen Ländern auf die Unschädlichkeit eines flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland schließen. Vielen Deutschen stockte kurz der Atem, als sie von den Plänen in der Schweiz hörten, einen Mindestlohn von 22 Franken – umgerechnet 18 € – einzuführen. 18 € klingt nach einem gewaltigen Mindestlohn. Allerdings wären wegen des höheren Lohnniveaus von diesem Mindestlohn in der Schweiz nur 8,2 % betroffen [STAATSSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT SECO (2013), 21] – und nicht 14 % wie bei dem deutschen Mindestlohn von 8,50 €. Die Schweizer haben übrigens die Einführung des Mindestlohns in einem Referendum mit einer Mehrheit von über 70 % abgelehnt – aus Sorge um die Arbeitsplätze.

## Literatur

- KNABE, A., SCHÖB, R. und M. THUM (2014): Der flächendeckende Mindestlohn, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 15 (2), S. 133–157.
- METCALFE, D. (2008): Why Has the British National Minimum Wage Had Little or No Impact on Employment?, in: Journal of Industrial Relations 50(3), S. 489–512.
- STAATSSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT SECO (Hrsg.) (2013): Tiefelöhne in der Schweiz und Alternativen zur Mindestlohn-Initiative im Bereich der Voraussetzungen für die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen und für den Erlass von Normalarbeitsverträgen, Bern.

<sup>1</sup> Ein umfassender Überblick zu den vorliegenden Studien findet sich in KNABE, SCHÖB und THUM. (2014), auf dem auch der vorliegende Beitrag basiert.

# Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2014<sup>1</sup>

Wolfgang Nierhaus\*

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Quartal 2014 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 2,8 % sehr kräftig gestiegen, nach einer Zunahme um 1,1 % im vierten Vierteljahr (vgl. Tab. 1). Ausschlaggebend für die positive Entwicklung, zu der allerdings auch das außergewöhnlich milde Winterwetter beigetragen hat, war der deutliche Anstieg der Wertschöpfung im **Produzierenden Gewerbe (ohne Bau)**, im **Baugewerbe** sowie im **Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister**. Die Trend-Konjunktur-Komponente des BIP zeigt, dass die Wirtschaftsentwicklung in Sachsen seit einem Jahr deutlich aufwärtsgerichtet ist (vgl. Abb. 1).

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. tätig.

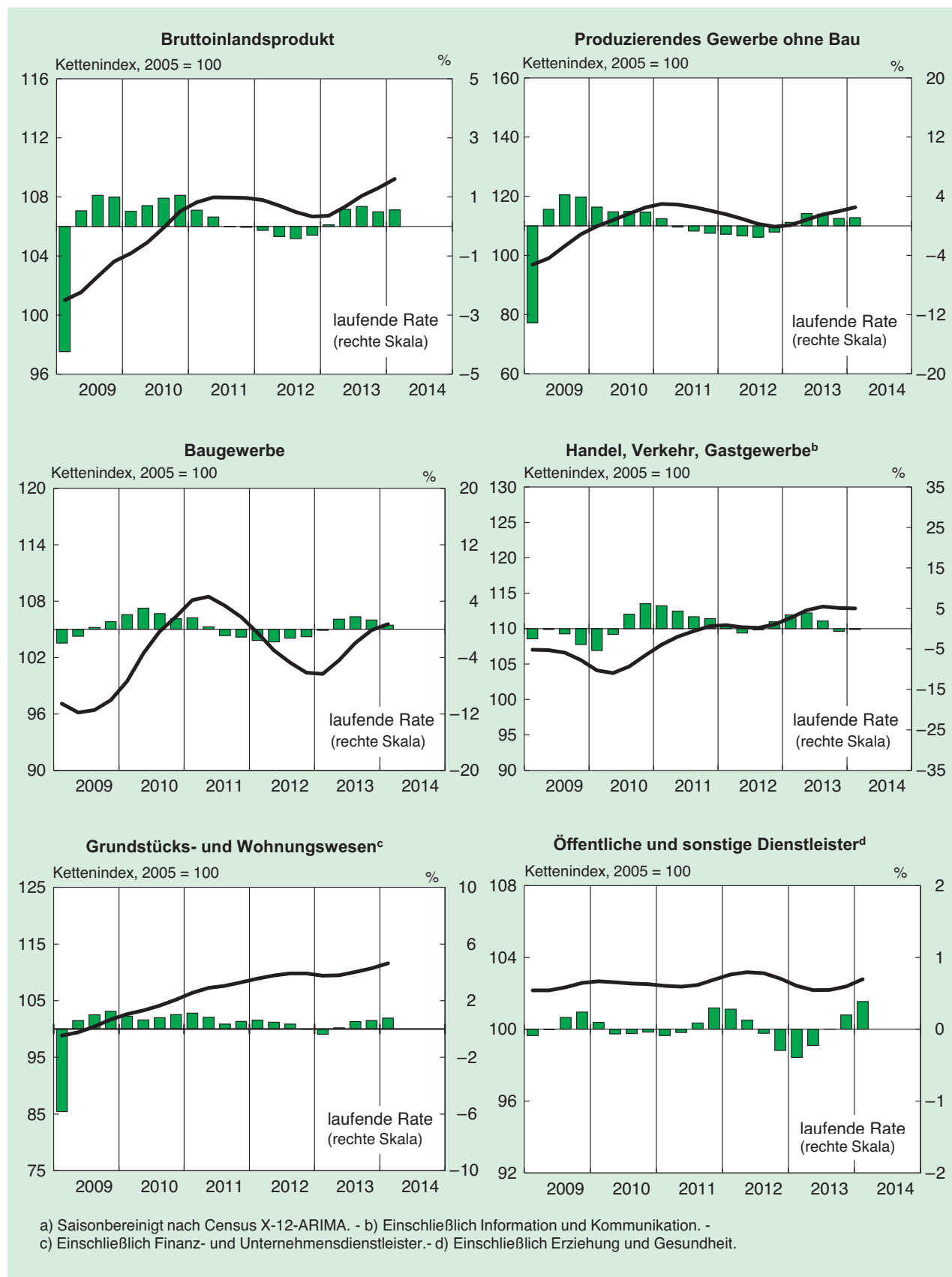
<sup>1</sup> Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) der Länder ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. In dieser Ausgabe werden erstmals die Ergebnisse für das erste Vierteljahr 2014 nachgewiesen. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER am 28. März 2014 veröffentlichten Ergebnisse. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordination, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q1/2014 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. NIERHAUS, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)

Jahr, Vierteljahr	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information u. Kommunikation	Grundstücks- u. Wohnungswesen, Finanz- u. Unternehmensdienstl.	Öffentl. u. sonstige Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit
<b>Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %</b>									
1   2012	0,1	-0,3	0,1	10,6	-3,1	-3,6	2,7	1,9	0,6
2   2012	-0,5	-2,7	-0,3	10,1	-3,2	-5,8	1,3	1,9	0,8
3   2012	-1,0	-0,9	-1,0	7,9	-5,9	-4,8	0,2	2,0	0,7
4   2012	-0,8	-1,0	-0,8	2,4	-3,8	-6,0	0,5	1,9	0,1
1   2013	-1,6	-2,6	-1,4	-3,4	-4,1	-4,3	0,3	0,1	-0,8
2   2013	0,2	1,4	0,1	-4,6	-0,2	-0,8	2,5	0,0	-0,9
3   2013	1,3	1,4	1,3	-5,3	3,8	1,9	2,7	0,5	-0,9
4   2013	1,1	-0,5	1,3	-4,8	3,0	4,6	2,0	0,3	-0,5
1   2014	2,8	3,1	2,8	3,4	6,6	5,5	1,3	2,4	0,4

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)<sup>a</sup>



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

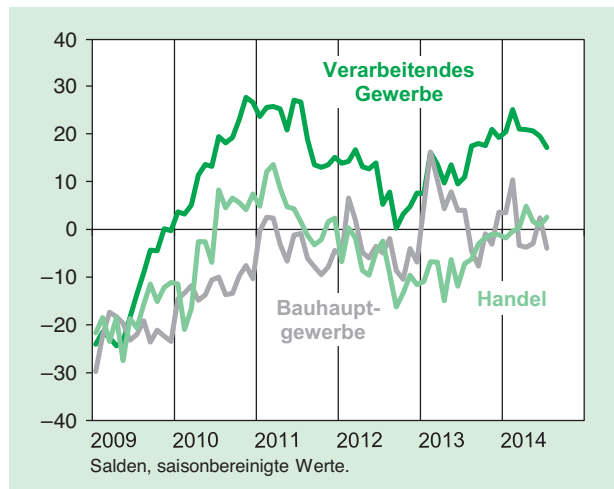
# Geopolitische Spannungen belasten die konjunkturelle Entwicklung in Ostdeutschland

Robert Lehmann\*

## ifo Konjunkturtest in Ostdeutschland

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands hat im Juli spürbar nachgegeben (vgl. Abb. 1). Die ostdeutschen Befragungsteilnehmer sind mit ihren derzeitigen Geschäften nicht mehr so zufrieden wie im vergangenen Monat. Auch der Ausblick auf die Geschäfte für die kommenden sechs Monate fällt ungünstiger aus. Im Juni 2014 sträubte sich die ostdeutsche Wirtschaft noch gegen die Auswirkungen der internationalen Spannungen. Jedoch kann sie sich im Juli diesen nicht mehr entziehen.

## Abbildung 2: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der Gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands

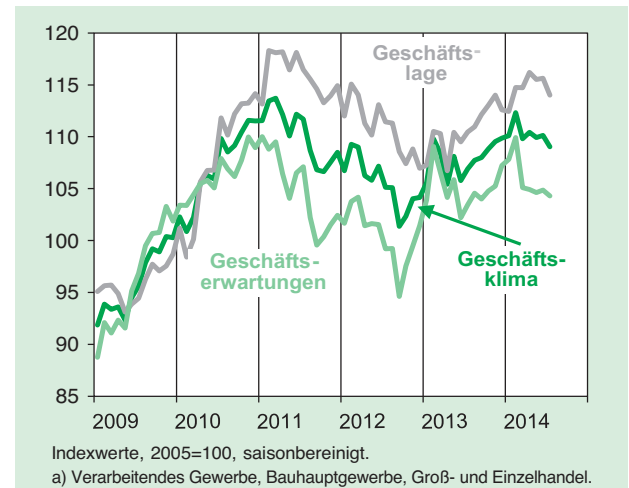


Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe der ostdeutschen Bundesländer bewegt sich auch im Juli 2014 in der Phase Boom (vgl. Abb. 3). Dabei zeigt sich im Vergleich zum vergangenen Monat eine Bewegung nach links oben. Demnach wird die momentane Geschäftssituation der ostdeutschen Industrieunternehmen weniger gut eingestuft. Den weiteren Geschäftsverlauf hingegen bewerten die befragten Unternehmen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes etwas günstiger.

\* Robert Lehmann ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

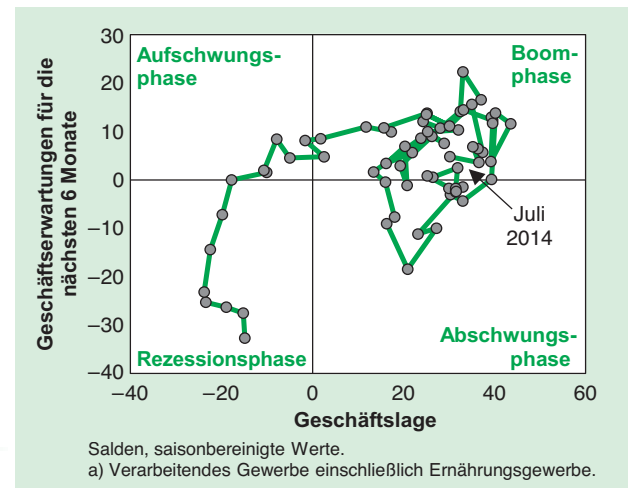
## Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die Gewerbliche Wirtschaft<sup>a</sup> Ostdeutschlands



Quelle: ifo Konjunkturtest.

In den industriellen Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft sind die Geschäftsklimaindizes ebenfalls gesunken (vgl. Abb. 2). Im Verarbeitenden Gewerbe ist es sogar der fünfte Rückgang in Folge. Das Geschäftsklima im ostdeutschen Bauhauptgewerbe bewegt sich trotz der Eintrübung weiterhin auf hohem Niveau. Entgegen der allgemeinen Entwicklung sind die Klimaindikatoren für den ostdeutschen Groß- und Einzelhandel gestiegen.

## Abbildung 3: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe<sup>a</sup> Ostdeutschland



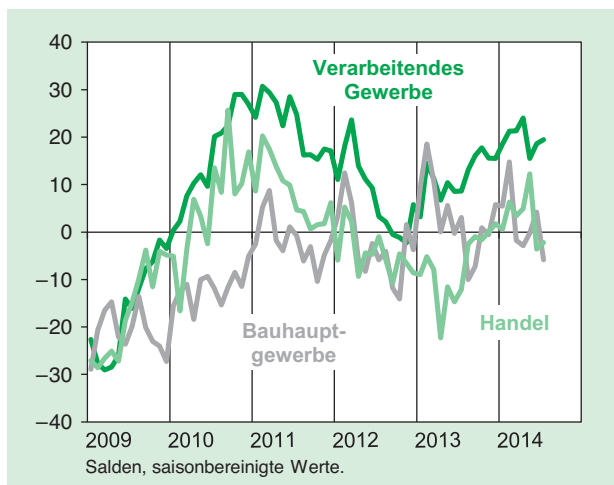
Quelle: ifo Konjunkturtest.



**ifo Konjunkturtest in Sachsen**

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens ist im Juli 2014 nur minimal gefallen (vgl. Abb. 4). Dabei fällt der Rückgang deutlich geringer als in Deutschland und Ostdeutschland aus. Maßgeblich für die Verschlechterung des sächsischen Klimaindikatoren sind die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Mit ihren derzeitigen Geschäften sind die Befragungsteilnehmer aus Sachsen hingegen wieder zufriedener. Insgesamt zeigt sich die sächsische Wirtschaft etwas robuster gegenüber den internationalen Spannungen. Jedoch kann sie sich ihnen nicht gänzlich entziehen.

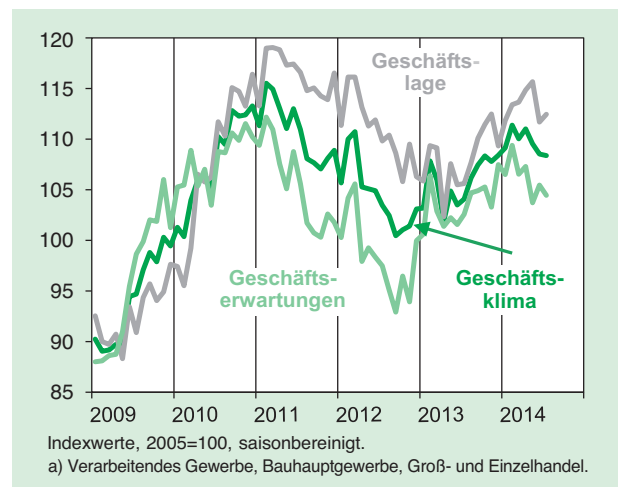
**Abbildung 5: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der Gewerblichen Wirtschaft Sachsens**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Analog zu Ostdeutschland bewegt sich auch die ifo Konjunkturuhr für Sachsen weiterhin in der Phase Boom (vgl. Abb. 6). Auch im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe zeigt sich eine Bewegung der ifo Konjunkturuhr nach links oben. Die sächsischen Industriefirmen berichten von etwas weniger guten Geschäften. Jedoch schauen sie der zukünftigen Entwicklung mit etwas mehr Optimismus entgegen. Der derzeit zu beobachtende zweimalige Anstieg der Geschäftserwartungen lässt eine anhaltend positive Entwicklung der Industriekonjunktur in Sachsen erwarten. Demnach stehen die konjunkturellen Ampeln auch für das dritte Quartal weiterhin auf grün.

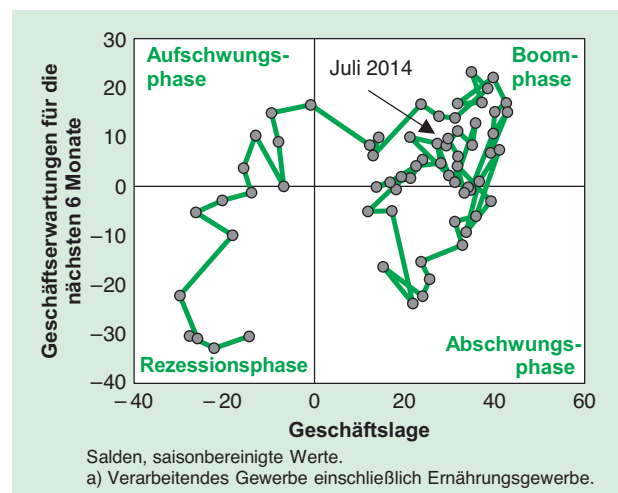
**Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die Gewerbliche Wirtschaft<sup>a</sup> Sachsens**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

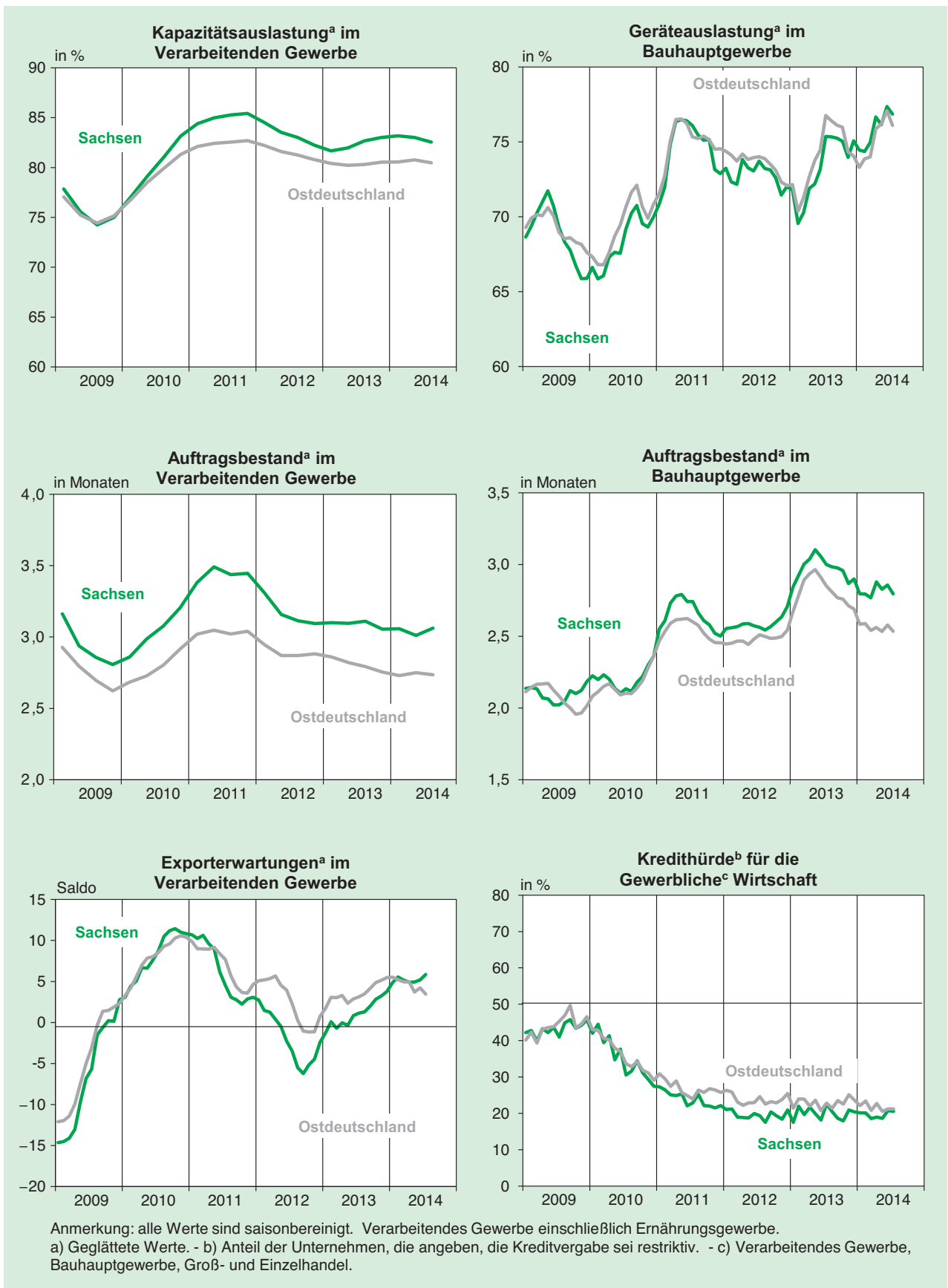
Nach dem kräftigen Rückgang im Mai 2014 hat sich das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens zweimal in Folge aufgehellt (vgl. Abb. 5). Die sächsischen Industriefirmen sehen vor allem wieder kräftigere positive Impulse aus dem zukünftigen Auslandsgeschäft. Im sächsischen Bau hat der Klimaindikator kräftig nachgeben. Die positive Baukonjunktur ist jedoch damit nicht beendet, sondern stabilisiert sich auf einem sehr hohen Niveau. Im Groß- und Einzelhandel des Freistaates zeigen sich unterschiedliche Tendenzen. Während sich das Geschäftsklima im Großhandel aufhellt, ist der Geschäftsklimaindex im hiesigen Einzelhandel gefallen.

**Abbildung 6: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe<sup>a</sup> Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 7: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

# Der sächsische Arbeitsmarkt entwickelt sich robust

Michael Weber\*

Der sächsische und der ostdeutsche Arbeitsmarkt präsentierten sich nach vorläufigen, hochgerechneten Ergebnissen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT im Juli saisonbereinigt weiterhin robust. Das ifo Beschäftigungsbarometer deutet jedoch auf eine verhaltene Einstellungsbereitschaft der Betriebe in den kommenden Monaten hin.

Bereits im Mai stagnierte im Freistaat Sachsen und in Ostdeutschland die saisonbereinigte sozialversicherungspflichtige **Beschäftigung**. Nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT waren am Stichtag in Sachsen saisonbereinigt 1,484 Mill. Personen (-0,06 % gegenüber April) und in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) 5,568 Mill. Personen (-0,05 %) sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Im Vorjahresvergleich ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dagegen leicht gestiegen. Die Dynamik hat sich gegenüber den letzten Monaten jedoch abgeschwächt. Im Freistaat war der größte Beschäftigungszuwachs erneut im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung zu beobachten (+8,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat). In Ostdeutschland insgesamt expandierte die Beschäftigung im Bereich Information und Kommunikation am stärksten (+4,2 %). Dagegen war die Beschäftigungsentwicklung bei den sächsischen und ostdeutschen Finanz- und Versicherungsdienstleistern sowie den sonstigen Dienstleistern weiterhin negativ. Zugleich ist im Mai nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT auch die Zahl der in Ostdeutschland geringfügig entlohnten Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken; der Rückgang belief sich auf etwa 17.000 Stellen (-1,9 %).

Im Juli hat sich die Arbeitsmarktdynamik vorübergehend etwas gebessert. Die Arbeitslosigkeit war im Berichtsmonat insgesamt weiter rückläufig. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl sank gegenüber Juni im Freistaat Sachsen um 1.000 auf etwa 186.000 Personen und in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) um 7.000 auf etwa 820.000 Personen. Die saisonbereinigte **Arbeitslosenquote** betrug 8,8 % in Sachsen bzw. 9,7 % in Ostdeutschland insgesamt (jeweils -0,1 Prozentpunkte). Die Dynamik wirkte sich jedoch kaum auf die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II aus; vielmehr ist der Anteil der Arbeitslosen mit Anspruch auf Leistungen aus der Grundsicherung („Hartz IV“) an allen Arbeitslosen im Monat Juli gegenüber dem Vormonat geringfügig gestiegen. Dagegen war nach vorläufigen, saisonbereinigt hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT die Zahl aller

**erwerbsfähigen Leistungsberechtigten** – dies sind neben den Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II unter anderem auch Erwerbstätige, die zusätzlich Leistungen aus der Grundsicherung beziehen – saisonbereinigt weiter rückläufig. In Sachsen waren im Juli saisonbereinigt rund 290.000 Erwerbsfähige auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen; dies sind 2.000 oder 0,6 % weniger als im Vormonat. In Ostdeutschland belief sich der Rückgang auf 7.000 Personen oder 0,5 %; die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten betrug im Juli 1,360 Mill. Personen. Damit waren im Freistaat 11,4 % und in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) 13,2 % der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren hilfebedürftig. Der im Vergleich zur Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II starke Rückgang der Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten lässt erwarten, dass die Zahl der erwerbstätigen Leistungsberechtigten (sogenannte „Aufstocker“) im Monat Juli saisonbereinigt abermals gesunken ist.

Der Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit ist jedoch nur teilweise durch **Übergänge** in Beschäftigung bedingt. Im Monat Juli haben sich saisonbereinigt erneut mehr Erwerbstätige arbeitslos gemeldet, als Arbeitslose eine neue Erwerbstätigkeit aufgenommen haben. Insgesamt mündeten nur 37 % (Sachsen) bzw. 34 % (Ostdeutschland) aller Abgänge aus Arbeitslosigkeit im Monat Juli in der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Ein etwa ebenso großer Anteil der Abgänge war durch den Übergang der betreffenden Personen in die Nichterwerbstätigkeit bedingt.

Auf der Nachfrageseite zeigte sich der Arbeitsmarkt im Monat Juli weiterhin recht robust. Die Vakanzquote ist gegenüber dem Vormonat im Freistaat Sachsen saisonbereinigt leicht gestiegen und in Ostdeutschland insgesamt annähernd konstant geblieben. Zwar ist die Umstellung der Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen zu berücksichtigen, wodurch sich die Zahl der gemeldeten Stellen im Juli gegenüber früheren Werten statistisch erhöht hat; jedoch kann insgesamt davon ausgegangen werden, dass die **Arbeitsmarkttension** (vgl. Infobox 1) im Berichtsmonat zumindest nicht gesunken ist. Gleichzeitig haben sich die durchschnittlichen abgeschlossenen Vakanzzeiten (vgl. Infobox 2) tendenziell wei-

\* Michael Weber ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

ter erhöht. Stellen, die im Monat Juli bei der Bundesagentur für Arbeit abgemeldet wurden, waren im Mittel im Freistaat Sachsen 60 Tage und in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) 67 Tage vakant.

### Infobox 1: Arbeitsmarkttension

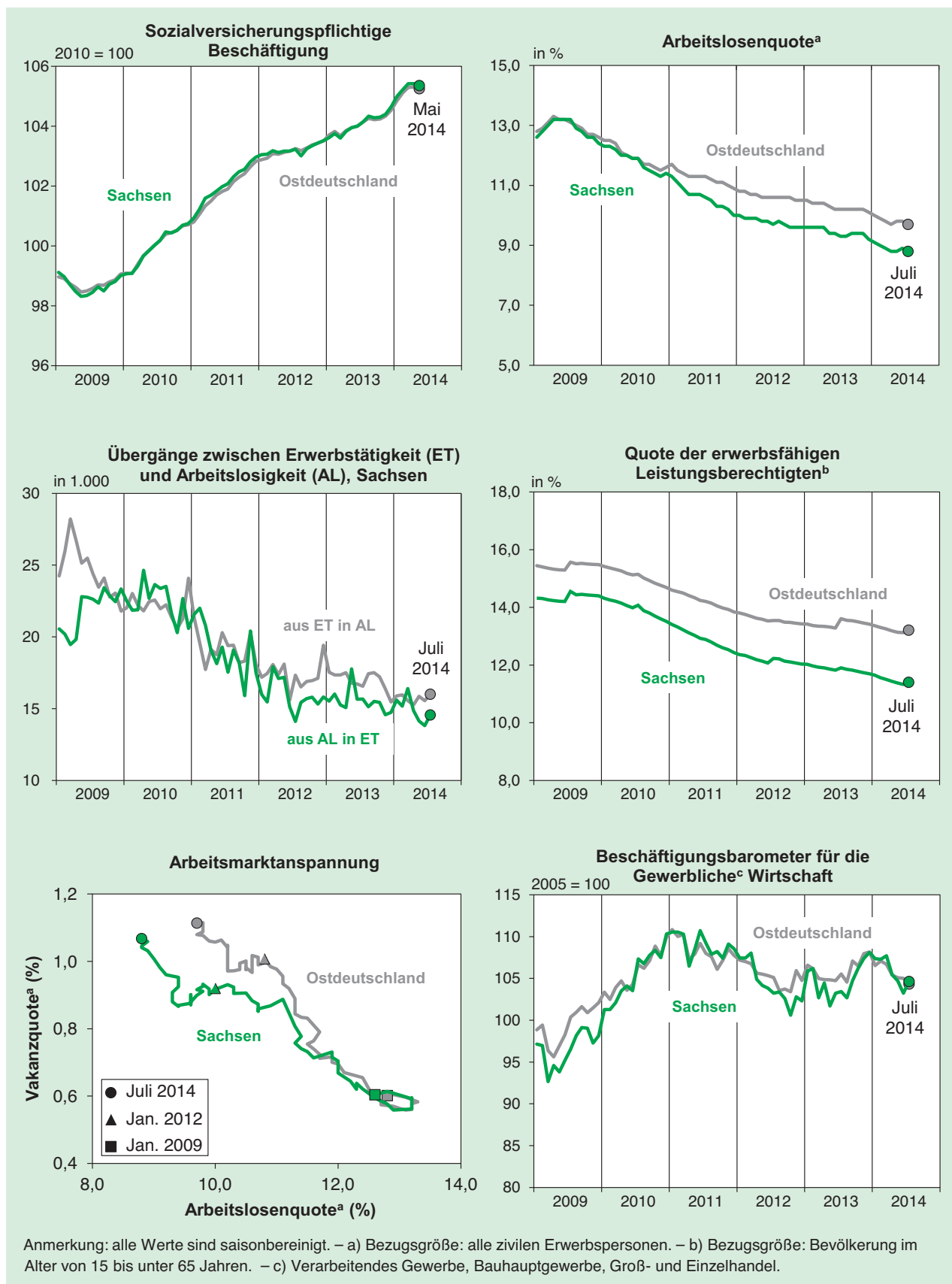
Die Arbeitsmarkttension erfasst die konjunkturelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, indem sie sowohl die Angebotsseite (Arbeitslosenquote) als auch die Nachfrageseite (Vakanzquote) abbildet. Die Vakanzquote setzt den Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen ins Verhältnis zur Zahl der zivilen Erwerbspersonen. Steigt die Vakanzquote, während die Arbeitslosenquote fällt, befindet sich der Arbeitsmarkt im Aufschwung und die Anspannung am Arbeitsmarkt nimmt zu. Dies entspricht in der Abbildung einer Bewegung nach links oben. Sinkt die Vakanzquote, während die Arbeitslosenquote steigt, befindet sich der Arbeitsmarkt im Abschwung. Dies entspricht einer Bewegung nach rechts unten. Steigen sowohl die Vakanz- als auch die Arbeitslosenquote über einen längeren Zeitraum hinweg – dies entspricht einer Bewegung nach rechts oben –, kann dies auf ein Qualifikationsproblem hindeuten: Die Qualifikationen der Arbeitslosen genügen dann nicht mehr den Anforderungen der gemeldeten Stellen. Bei der Interpretation der Vakanzquote ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Arbeitgeber nicht alle freien Stellen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT melden. Der Einschaltungsgrad steigt gerade in Zeiten des Aufschwungs.

### Infobox 2: Vakanzzeiten

Die Vakanzzeit misst die Dauer zwischen dem ursprünglich geplanten Besetzungstermin einer Stelle und der Abmeldung der Stelle aus dem Stellenangebot der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT. Eine Zunahme der Vakanzzeit kann sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Ursachen haben: Je besser die Konjunktur, desto mehr freie Stellen werden gemeldet und desto länger dauert es für jede einzelne freie Stelle, bis sie besetzt wird. Bleiben jedoch in bestimmten Bereichen die Vakanzzeiten über den gesamten Wirtschaftszyklus hinweg hoch, deutet dies auf Schwierigkeiten hin, geeignete Bewerber für eine Stelle zu finden. Definitionsgemäß endet die Vakanzzeit, wenn die Stelle bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT abgemeldet wird. Hinter einer solchen Abmeldung steht in der Regel die Besetzung der Stelle; es ist aber ebenso möglich, dass der Besetzungsprozess erfolglos abgebrochen wurde.

In den kommenden Monaten dürften sich der sächsische und der ostdeutsche Arbeitsmarkt verhalten entwickeln. Darauf deutet das ifo **Beschäftigungsbarometer** hin. In Sachsen ist das Barometer nach drei Rückgängen in Folge im Juli erstmals wieder gestiegen. Es bleibt aber abzuwarten, ob sich hieraus eine Trendwende am Arbeitsmarkt entwickelt. Das ifo Beschäftigungsbarometer für Ostdeutschland insgesamt ist dagegen weiter gefallen. Insgesamt bleibt die Einstellungsbereitschaft der ostdeutschen Unternehmen eher verhalten.

Abbildung 1: Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen, ifo Konjunkturtest. Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

## ifo Veranstaltungen

Am **11. und 12. September 2014** findet der **4. Workshop „Regionalökonomie“** in den Räumen der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS statt. Der diesjährige Workshop wird von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS und der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BRAUNSCHWEIG ausgerichtet. Die zweitägige Veranstaltung soll dem Austausch aktueller Forschungsergebnisse dienen und richtet sich dabei vor allem an Nachwuchswissenschaftler, die auf dem Gebiet der Regionalökonomie arbeiten. Es sind sowohl theoretische als auch empirische Arbeiten mit unterschiedlichen geographischen Schwerpunkten willkommen.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** spricht am **24. September 2014** Prof. Dr. Erik

Gawel, Departmentleiter Ökonomie am HELMHOLTZ-ZENTRUM FÜR UMWELTFORSCHUNG (UFZ) Leipzig und Direktor des Instituts für Infrastruktur- und Ressourcenmanagement der UNIVERSITÄT LEIPZIG.

Ebenfalls in dieser Veranstaltungsreihe spricht am **16. Oktober 2014** Franz Josef Benedikt, Präsident der HAUPTVERWALTUNG SACHSEN UND THÜRINGEN DER BUNDESBANK.

Die Vorträge sind öffentlich und finden im Seminarraum der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist um **18:30 Uhr**.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden ([www.ifo-dresden.de](http://www.ifo-dresden.de)) unter der Rubrik Veranstaltungen.

## ifo Vorträge

Rösel, Felix, „Co-Partisan Buddies or Partisan Bullies? Why State Supervision on Local Government Borrowing Fails“, Vortrag beim Workshop „Öffentliche Finanzen und Politische Ökonomie II“ des MAX-PLANCK-INSTITUTS FÜR STEUERRECHT UND ÖFFENTLICHE FINANZEN, **17.–18.06.2014**, München.

Weber, Michael, „Efficiency losses from decentralizing job placement services – Evidence from a German policy experiment“, Vortrag auf der 28th Annual Conference of the EUROPEAN SOCIETY FOR POPULATION ECONOMICS, **18.–21.06.2014**, Braga (Portugal).

Kluge, Jan, „Fachkräfteknappheit oder Fachkräftemangel? Der demographische Wandel und seine Folgen“, Vortrag beim Unternehmergespräch, **23.06.2014**, Meißen.

Ragnitz, Joachim, „Eine Antwort auf den demografischen Wandel? – Erkenntnisse des Modellvorhabens ‚Daseinsvorsorge 2030‘“, Vortrag anlässlich der Konferenz „Vorbild sucht Nachahmer“ des BUNDESMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE, **23.06.2014**, Berlin.

Thum, Marcel, „Die Krise in der Euroregion und Ihre Auswirkungen auf Deutschland“, Vortrag beim 10. Symposium Insolvenz- und Arbeitsrecht der KATHOLISCHEN UNIVERSITÄT EICHSTÄTT-INGOLSTADT, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht und Insolvenzrecht im Neuen Schloss Ingolstadt, **26.06.2014**, Ingolstadt.

Lehmann, Robert, „Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2014/2015: Gute Konjunktur hält an“, Vortrag im Rahmen des 33. ifo Arbeitskreises Konjunkturbeobachtung Sachsen in der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS, **03.07.2014**, Dresden.

Lehmann, Robert, „Survey-based indicators vs. hard data: What improves export forecasts in Europe best?“, Vortrag im Brown Bag Seminar der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN, **14.07.2014**, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Finanzierungswege für eine nachhaltige Lösung der Altschuldenproblematik: Wer zahlt für wen wie viel?“, Vortrag anlässlich der Konferenz „Das Altschuldenproblem: Tragfähige Lösungen für die Föderalismusreform“ der HANDELSKAMMER BREMEN und der ARBEITNEHMERSKAMMER BREMEN, **17.07.2014**, Bremen.

## ifo Veröffentlichungen

### **ifo Dresden Studie 73: Studie zur Berechnung des Vorschlags zur Neuordnung des Finanzausgleichs von EICHEL, FINK und TIEMANN (2013)**

**Alexander Eck, Joachim Ragnitz, Felix Rösel, Johannes Steinbrecher und Christian Thater, 70 S., München/Dresden 2014. ISBN 978-3-88512-556-3, 15,- €, zzgl. Versandkosten.**

Die FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG hat das IFO INSTITUT, Niederlassung Dresden, beauftragt, die Auswirkungen des Reformvorschlags zum Finanzausgleich von EICHEL, FINK und TIEMANN (2013) zu quantifizieren. Die Analyse konzentriert sich dabei vor allem auf einen Aspekt des Reformvorschlags, nämlich die Entlastung der Kommunen durch Übernahme eines Teils der Sozialausgaben nach SGB XII (Sozialhilfe) sowie SGB II (Kosten der Unterkunft) durch den Bund. Es werden sowohl die Verteilungswirkungen im Länderfinanzausgleich als auch im kommunalen Finanzausgleich (am Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen) betrachtet.

Hierzu werden zwei Modelle einer teilweisen Übernahme der kommunalen Sozialausgaben nach SGB XII und SGB II durch den Bund untersucht, die sich hinsichtlich des Umfangs der übernommenen Sozialleistungen unterscheiden. Für beide Modelle werden verschiedene Finanzierungskonzepte berechnet. Die Ergebnisse werden für Bund, Länder und Gemeinden dargestellt und hinsichtlich einer vorab definierten Zielerreichung (Stärkung der kommunalen Finanzmittelausstattung bei gleichzeitiger Reduzierung regionaler Disparitäten) beurteilt. Im

Zentrum der Betrachtungen steht insbesondere die Frage, ob und inwieweit der Reformvorschlag den Kommunen als Hauptträger öffentlicher Investitionen finanzielle Spielräume für notwendige Neu- und Ersatzinvestitionen eröffnen kann.

Am Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt sich, dass ein Erreichen der gewünschten Umverteilung zugunsten der Kommunen von der Reaktion des Landesgesetzgebers abhängt. Die Umsetzung des Vorschlags kann die Finanzlage der Kommunen in Haushaltsnotlagen verbessern und einen Beitrag zum Abbau regionaler Disparitäten leisten, wenn die Länder an der Finanzierung beteiligt werden, die Finanzierungslasten konsensfähig verteilt sind und die Mittel durch ein Mitwirken der Länder zielgerecht auf die Kommunen verteilt werden.

Lehmann, Robert und Antje Weyh (2014): Forecasting employment in Europe: Are survey results helpful?, ifo Working Paper No. 182, München.

Lehmann, Robert und Joachim Ragnitz (2014): ifo Geschäftsklima Ostdeutschland im Mai 2014: Stabilisierung der ostdeutschen Wirtschaft auf hohem Niveau, in: Wirtschaft + Markt, 25. Jahrgang, Heft 4/2014, S. 35.

Ragnitz, Joachim: Gründerzeit im Osten?, in: Wirtschaft + Markt, 25. Jahrgang, Heft 4/2014, S. 16–17.

## ifo intern

Im Juli 2014 hat Carolin Rauch, Doktorandin am IFO INSTITUT, Niederlassung Dresden, geheiratet und heißt nun **Carolin Fritzsche**. Das Team von ifo Dresden möchte

auch auf diesem Weg noch einmal ganz herzlich gratulieren. Frau Fritzsche ist zukünftig unter der E-Mail-Adresse [fritzsche@ifo.de](mailto:fritzsche@ifo.de) zu erreichen.

ifo Dresden Studie 73

## Studie zur Berechnung des Vorschlags zur Neuordnung des Finanzausgleichs von EICHEL, FINK und TIEMANN (2013)

*Alexander Eck, Joachim Ragnitz, Felix Rösel,  
Johannes Steinbrecher und Christian Thater*  
**ISBN 978-3-88512-556-3**

**70 Seiten, zahlreiche Abbildungen  
und Tabellen, München/Dresden 2014,  
15,- €, zzgl. Versandkosten.**

Die FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG hat das IFO INSTITUT, Niederlassung Dresden, beauftragt, die Auswirkungen des Reformvorschlags zum Finanzausgleich von EICHEL, FINK und TIEMANN (2013) zu quantifizieren. Die Analyse konzentriert sich dabei vor allem auf einen Aspekt des Reformvorschlags, nämlich die Entlastung der Kommunen durch Übernahme eines Teils der Sozialausgaben nach SGB XII (Sozialhilfe) sowie SGB II (Kosten der Unterkunft) durch den Bund. Es werden sowohl die Verteilungswirkungen im Länderfinanzausgleich als auch im kommunalen Finanzausgleich (am Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen) betrachtet.

Hierzu werden zwei Modelle einer teilweisen Übernahme der kommunalen Sozialausgaben nach SGB XII und SGB II durch den Bund untersucht, die sich hinsichtlich des Umfangs der übernommenen Sozialleistungen unterscheiden. Für beide Modelle werden verschiedene Finanzierungskonzepte berechnet. Die Ergebnisse werden für Bund, Länder und Gemeinden dargestellt und hinsichtlich einer vorab definierten Zielerreichung (Stärkung der kommunalen Finanzmittelausstattung bei gleichzeitiger Reduzierung regionaler Disparitäten) beurteilt.

Im Zentrum der Betrachtungen steht insbesondere die Frage, ob und inwieweit der Reformvorschlag den Kommunen als Hauptträger öffentlicher Investitionen finanzielle Spielräume für notwendige Neu- und Ersatzinvestitionen eröffnen kann.

Am Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt sich, dass ein Erreichen der gewünschten Umverteilung zugunsten der Kommunen von der Reaktion des Landesgesetzgebers abhängt. Die Umsetzung des Vorschlags kann die Finanzlage der Kommunen in Haushaltsnotlagen verbessern und einen Beitrag zum Abbau regionaler Disparitäten leisten, wenn die Länder an der Finanzierung beteiligt werden, die Finanzierungslasten konsensfähig verteilt sind und die Mittel durch ein Mitwirken der Länder zielgerecht auf die Kommunen verteilt werden.

**ifo** Institut  
Niederlassung Dresden



# Call for Papers

## 9. Workshop Makroökonomik und Konjunktur 20. und 21. November 2014 in Dresden

Der zweitägige Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS und der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG organisiert. Er soll ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Makroökonomik und Konjunkturforschung bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung von Nachwuchswissenschaftlern beitragen. Bevorzugt behandelt werden Papiere aus dem Gebiet der Konjunkturforschung sowie Papiere mit empirischer Ausrichtung.

Jeder Vortrag wird von einem anderen Teilnehmer des Workshops koreferiert. Die Teilnahme am Workshop ist auch ohne Einreichung eines eigenen Beitrags möglich.

In diesem Jahr planen die Organisatoren die Herausgabe einer Sonderausgabe in der Zeitschrift *Review of Economics*. Insofern die einreichenden Autoren/-innen Interesse an einer Veröffentlichung haben, können Sie ihr fertiges Papier zur Begutachtung für diese Sonderausgabe einreichen.

### Einreichungen:

Vortragsangebote können entweder durch Einreichung von Diskussionspapieren oder Kurzbeschreibungen (2-3 Seiten) erfolgen (jeweils in PDF-Format). Bitte senden Sie Ihre Angebote bis spätestens 10.10.2014 per E-Mail an die folgende Adresse:

**workshopDD@ifo.de**

Bei der Einreichung von Kurzbeschreibungen ist das vollständige Diskussionspapier bis zum 02.11.2014 nachzureichen.

### ORGANISATORISCHES:

#### Konferenzsprache:

Deutsch  
Vorträge auf Englisch sind möglich

#### Ort:

ifo Institut,  
Niederlassung Dresden  
Einsteinstraße 3  
01069 Dresden

#### Zeit:

20.11. bis 21.11.2014

#### Teilnahmegebühr:

Keine

#### Unterkunft:

Die Organisatoren sind gerne bei der Suche nach einer Unterkunft behilflich. Übernachtungskosten, Reisekosten und die Kosten für das gemeinsame Abendessen müssen jedoch vom Teilnehmer selbst getragen werden.

#### Ansprechpartner:

Prof. Dr. Michael Berlemann  
michael.berlemann@hsu-hh.de

Robert Lehmann  
lehmann@ifo.de

Michael Weber  
weber.m@ifo.de



HELMUT SCHMIDT  
UNIVERSITÄT

**ifo** Institut  
Niederlassung Dresden

